

Qualitätssicherung



BREMEN

Bericht für das Jahr

2015

gemäß § 136 Abs. 1 SGB V

der Kassenzahnärztlichen Vereinigung im Lande Bremen

Inhaltsverzeichnis

1.	Gesetzliche Grundlagen (Auszüge aus dem SGB V).....	1
2.	Vorbemerkungen	5
2.1	Gemeinsamer Bundesausschuss (GBA).....	6
2.2	Leitlinien	7
2.3	Deutsche Mundgesundheitsstudien	9
3.	Ziele.....	11
4.	Fortbildung in Kooperation mit der Zahnärztekammer Bremen.....	13
5.	Gutachterwesen / Tübinger Modell.....	15
5.1	Gutachterwesen	15
5.2	Tübinger Modell.....	16
5.2.1	Tübinger Modell ZE/PAR	17
5.2.2	Tübinger Modell KFO	20
6.	Qualitätsmanagement / Qualitätssicherung.....	23
6.1	Qualitätsmanagement-Richtlinie	23
6.1.1	Risikomanagement	26
6.1.2	Fehlermeldesysteme	26
6.1.3	CIRSDent	27
6.2	Qualitätssicherungs-Richtlinie	27
7.	Honorarverteilungsmaßstab (HVM).....	31
8.	ergänzende Maßnahmen.....	33
8.1	interne Maßnahmen der KZV Bremen.....	33
8.2	Plausibilitätsprüfung nach § 106a SGB V.....	34
8.3	Wirtschaftlichkeitsprüfung nach § 106 SGB V.....	35
9.	Zahnärztliche Versorgung von alten und behinderten Patienten.....	37
9.1	Leistungen nach § 87 Abs. 2i SGB V	38
9.2	Leistungen nach § 87 Abs. 2j SGB V	38
10.	Gesetzliche Vorgaben vs. Qualitätssicherung.....	41
10.1	Fortbildungspflicht gemäß § 95d SGB V	41
10.2	Beauftragter gemäß § 81a SGB V.....	42
10.3	Weiteres.....	42
11.	Selektivverträge nach § 73c SGB V.....	43

Hinweis:

Für diesen Bericht zeichnen als Vorstand verantwortlich:
Dr. Dirk Mittermeier dmittermeier@kzv-bremen.de
Oliver Voitke owitzke@kzv-bremen.de

Haus der Zahnärzte, Universitätsallee 25, 28359 Bremen, info@kzv-bremen.de
Telefon: 04 21 – 22 00 7 – 26 Telefax: 04 21 - 22 00 7 – 96

1. Gesetzliche Grundlagen (Auszüge aus dem SGB V¹)

§ 135a

Verpflichtung zur Qualitätssicherung

- (1) Die Leistungserbringer sind zur Sicherung und Weiterentwicklung der Qualität der von ihnen erbrachten Leistungen verpflichtet. Die Leistungen müssen dem jeweiligen Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse entsprechen und in der fachlich gebotenen Qualität erbracht werden.
- (2) Vertragsärzte, medizinische Versorgungszentren, zugelassene Krankenhäuser, Erbringer von Vorsorgeleistungen oder Rehabilitationsmaßnahmen und Einrichtungen, mit denen ein Versorgungsvertrag nach § 111a besteht, sind nach Maßgabe der §§ 137 und 137d verpflichtet,
 1. sich an einrichtungsübergreifenden Maßnahmen der Qualitätssicherung zu beteiligen, die insbesondere zum Ziel haben, die Ergebnisqualität zu verbessern und
 2. einrichtungsintern ein Qualitätsmanagement einzuführen und weiterzuentwickeln (...).
- (3) Meldungen und Daten aus einrichtungsinternen und einrichtungsübergreifenden Risikomanagement- und Fehlermeldesystemen nach Absatz 2 in Verbindung mit § 137 Absatz 1d dürfen im Rechtsverkehr nicht zum Nachteil des Meldenden verwendet werden. Dies gilt nicht, soweit die Verwendung zur Verfolgung einer Straftat, die im Höchstmaß mit mehr als fünf Jahren Freiheitsstrafe bedroht ist und auch im Einzelfall besonders schwer wiegt, erforderlich ist und die Erforschung des Sachverhalts oder die Ermittlung des Aufenthaltsorts des Beschuldigten auf andere Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre.

§ 136

Förderung der Qualität durch die Kassenärztlichen Vereinigungen

- (1) Die Kassenärztlichen Vereinigungen haben Maßnahmen zur Förderung der Qualität der vertragsärztlichen Versorgung durchzuführen. Die Ziele und Ergebnisse dieser Qualitätssicherungsmaßnahmen sind von den Kassenärztlichen Vereinigungen zu dokumentieren und jährlich zu veröffentlichen.
- (2) Die Kassenärztlichen Vereinigungen prüfen die Qualität der in der vertragsärztlichen Versorgung erbrachten Leistungen einschließlich der belegärztlichen Leistungen im Einzelfall durch Stichproben; in Ausnahmefällen sind auch Vollerhebungen zulässig. Der Gemeinsame Bundesausschuss entwickelt in Richtlinien nach § 92 Abs. 1 Satz 2 Nr. 13 Kriterien zur Qualitätsbeurteilung in der vertragsärztlichen Versorgung sowie nach Maßgabe des § 299 Abs. 1 und 2 Vorgaben zu Auswahl, Umfang und Verfahren der Qualitätsprüfungen nach Satz 1; (...).
- (3) (...)
- (4) Zur Förderung der Qualität der vertragsärztlichen Versorgung können die Kassenärztlichen Vereinigungen mit einzelnen Krankenkassen oder den für ihren Bezirk zuständigen Landesverbänden der Krankenkassen oder den Verbänden der Ersatzkassen unbeschadet den Regelungen der §§ 87a ab dem 01.01.2009 gesamtvertragliche Vereinbarungen schließen, in denen für bestimmte Leistungen einheitlich strukturierte und elektronisch dokumentierte besondere Leistungs-, Struktur- oder Qualitätsmerkmale festgelegt werden, bei deren Erfüllung die an dem jeweiligen Vertrag teilnehmenden Ärzte Zuschläge zu den Vergütungen erhalten. (...)

§ 137

Richtlinie und Beschlüsse zur Qualitätssicherung

- (1) Der Gemeinsame Bundesausschuss bestimmt für die vertragszahnärztliche Versorgung und für zugelassene Krankenhäuser durch Richtlinien nach § 92 Abs. 1 Satz 2 Nr. 13 insbesondere

¹ Zuletzt geändert mit Wirkung ab dem 01.01.2014.

1. die verpflichtenden Maßnahmen der Qualitätssicherung nach § 135a Abs. 2 (...) sowie die grundsätzlichen Anforderungen an ein einrichtungsinternes Qualitätsmanagement und
2. Kriterien für die indikationsbezogene Notwendigkeit und Qualität der durchgeführten diagnostischen und therapeutischen Leistungen, insbesondere aufwändiger medizintechnischer Leistungen; dabei sind auch Mindestanforderungen an die Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität festzulegen.

Soweit erforderlich, erlässt er die notwendigen Durchführungsbestimmungen und Grundsätze für Konsequenzen insbesondere für Vergütungsabschläge für Leistungserbringer, die ihre Verpflichtungen zur Qualitätssicherung nicht einhalten. (...)

- (1a) Der Gemeinsame Bundesausschuss legt in seinen Richtlinien nach Absatz 1 geeignete Maßnahmen zur Sicherung der Hygiene in der Versorgung fest (...). Er hat die Festlegungen nach Satz 1 erstmalig bis zum 31. Dezember 2012 zu beschließen. Der Gemeinsame Bundesausschuss berücksichtigt bei den Festlegungen etablierte Verfahren zur Erfassung, Auswertung und Rückkopplung von nosokomialen Infektionen, antimikrobiellen Resistenzen und zum Antibiotika-Verbrauch sowie die Empfehlungen der nach § 23 Absatz 1 und 2 des Infektionsschutzgesetzes beim Robert Koch-Institut eingerichteten Kommissionen.
- (1b) (...)
- (1c) (...)
- (1d) Der Gemeinsame Bundesausschuss bestimmt in seinen Richtlinien über die grundsätzlichen Anforderungen an ein einrichtungsinternes Qualitätsmanagement nach Absatz 1 Nummer 1 erstmalig bis zum 26. Februar 2014 wesentliche Maßnahmen zur Verbesserung der Patientensicherheit und legt insbesondere Mindeststandards für Risikomanagement- und Fehlermeldesysteme fest. (...)
- (2) Die Richtlinien nach Abs. 1 sind sektorübergreifend zu erlassen, es sei denn, die Qualität der Leistungserbringung kann nur durch sektorbezogene Regelungen angemessen gesichert werden. Die Regelungen in Absatz 3 und 4 bleiben unberührt.
- (3) (...)
- (4) Der Gemeinsame Bundesausschuss hat auch Qualitätskriterien für die Versorgung mit Füllungen und Zahnersatz zu beschließen. Bei der Festlegung von Qualitätskriterien für Zahnersatz ist der Verband Deutscher Zahntechniker-Innungen zu beteiligen; die Stellungnahmen sind in die Entscheidungen einzubeziehen. Der Zahnarzt übernimmt für Füllungen und die Versorgung mit Zahnersatz eine zweijährige Gewähr. Identische und Teilwiederholungen von Füllungen sowie die Erneuerung und Wiederherstellung von Zahnersatz einschließlich Zahnkronen sind in diesem Zeitraum vom Zahnarzt kostenfrei vorzunehmen. Ausnahmen hiervon bestimmen die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung und der Spitzenverband Bund der Krankenkassen. § 195 des Bürgerlichen Gesetzbuches bleibt unberührt. Längere Gewährleistungsfristen können zwischen den Kassenzahnärztlichen Vereinigungen und den Landesverbänden der Krankenkassen und den Ersatzkassen sowie in Einzel- und Gruppenverträgen zwischen Zahnärzten und Krankenkassen vereinbart werden. Die Krankenkassen können hierfür Vergütungszuschläge gewähren; der Eigenanteil der Versicherten bei Zahnersatz bleibt unberührt. Die Zahnärzte, die ihren Patienten eine längere Gewährleistungsfrist einräumen, können dies ihren Patienten bekannt machen.
- (5) Der Gemeinsame Bundesausschuss beschließt zur Entwicklung und Durchführung der Qualitätssicherung sowie zur Verbesserung der Transparenz über die Qualität der ambulanten und stationären Versorgung Aufträge nach § 137a Absatz 3 an das Institut für Qualitätssicherung und Transparenz im Gesundheitswesen. 2 Soweit hierbei personenbezogene Daten übermittelt werden sollen, gilt § 299.

§ 137a

Institut für Qualitätssicherung und Transparenz im Gesundheitswesen

- (1) Der Gemeinsame Bundesausschuss nach § 91 gründet ein fachlich unabhängiges, wissenschaftliches Institut für Qualitätssicherung und Transparenz im Gesundheitswesen. Hierzu errichtet er eine Stiftung des privaten Rechts, die Trägerin des Instituts ist.
- (2) Der Vorstand der Stiftung bestellt die Institutsleitung mit Zustimmung des Bundesministeriums für Gesundheit. Das Bundesministerium für Gesundheit entsendet ein Mitglied in den Vorstand der Stiftung.
- (3) Das Institut arbeitet im Auftrag des Gemeinsamen Bundesausschusses an Maßnahmen zur Qualitätssicherung und zur Darstellung der Versorgungsqualität im Gesundheitswesen. Es soll insbesondere beauftragt werden,
 1. für die Messung und Darstellung der Versorgungsqualität möglichst sektorenübergreifend abgestimmte risikoadjustierte Indikatoren und Instrumente einschließlich Module für ergänzende Patientenbefragungen zu entwickeln,
 2. die notwendige Dokumentation für die einrichtungsübergreifende Qualitätssicherung unter Berücksichtigung des Gebotes der Datensparsamkeit zu entwickeln,
 3. sich an der Durchführung der einrichtungsübergreifenden Qualitätssicherung zu beteiligen und dabei, soweit erforderlich, die weiteren Einrichtungen nach Satz 3 einzubeziehen,
 4. die Ergebnisse der Qualitätssicherungsmaßnahmen in geeigneter Weise und in einer für die Allgemeinheit verständlichen Form zu veröffentlichen,
 5. (...)
 6. für die Weiterentwicklung der Qualitätssicherung zu ausgewählten Leistungen die Qualität der ambulanten und stationären Versorgung zusätzlich auf der Grundlage geeigneter Sozialdaten darzustellen, die dem Institut von den Krankenkassen nach § 299 Absatz 1a auf der Grundlage von Richtlinien und Beschlüssen des Gemeinsamen Bundesausschusses übermittelt werden sowie
 7. Kriterien zur Bewertung von Zertifikaten und Qualitätssiegeln, die in der ambulanten und stationären Versorgung verbreitet sind, zu entwickeln und anhand dieser Kriterien über die Aussagekraft dieser Zertifikate und Qualitätssiegel in einer für die Allgemeinheit verständlichen Form zu informieren.

In den Fällen, in denen weitere Einrichtungen an der Durchführung der verpflichtenden Maßnahmen der Qualitätssicherung nach § 137 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 mitwirken, haben diese dem Institut nach Absatz 1 auf der Grundlage der Richtlinien des Gemeinsamen Bundesausschusses zur einrichtungsübergreifenden Qualitätssicherung die für die Wahrnehmung seiner Aufgaben nach Satz 2 erforderlichen Daten zu übermitteln.

- (4) ...

Mit dem Gesetz zur Reform der Strukturen der Krankenhausversorgung (Krankenhausstrukturgesetz – KHSG) plant der Gesetzgeber weitgehende Änderungen und Erweiterungen der gesetzlichen Vorgaben zur Qualitätssicherung, die auch den ambulanten Bereichen betreffen. Die entsprechenden Änderungen bzw. Neufassungen von §§ 135a SGB V ff. werden voraussichtlich mit Wirkung ab dem 01.01.2016 in Kraft treten.

2. Vorbemerkungen

Die zahnärztliche Versorgung ist faktisch ein eigenständiger Sektor innerhalb der ambulanten Versorgung, der kaum Schnittpunkte mit anderen humanmedizinischen Bereichen aufweist. Die einrichtungsübergreifende Qualitätssicherung (→ Kapitel 6.2) nach § 137 Abs. 1 in Verbindung mit § 137a SGB V kann deshalb im zahnmedizinischen Bereich nur sehr begrenzt zur Anwendung kommen.

Das Thema „Qualität“ wird in den politischen Diskussionen zum Gesundheitswesen immer wieder entweder mit dem Begriff der Kosteneinsparungen verknüpft oder gar auf diesen Begriff reduziert. Tatsächlich aber ist es so, dass die Qualitätssicherung bzw. -verbesserung wegen des dafür erforderlichen personellen und organisatorischen Aufwandes zunächst einmal Kosten verursacht.

Letztmals für 2012 bestand im vertragszahnärztlichen Bereich noch die widersprüchliche Situation, dass zwar einerseits die Qualität gesichert werden muss, andererseits angemessene Vergütungen zur Umsetzung dieser Qualitätssicherung durch die zwingende Koppelung der Honorare für vertragszahnärztliche Leistungen an die Grundlohnsummensteigerung gemäß § 85 Abs. 3 SGB V nahezu ausgeschlossen waren. Seit 2013 ist die Grundlohnsummensteigerung nur noch einer von mehreren gleichgewichtigen Parametern, die bei der Festlegung der Gesamtvergütungen zu berücksichtigen sind:

- Zahl und Struktur der Versicherten (*seit 2013*),
- Morbiditätsentwicklung (*seit 2013*),
- Kosten- und Versorgungsstruktur (\approx Praxiskosten),
- Arbeitszeit, Art und Umfang zahnärztlicher Leistungen,
- Grundlohnsummen-Entwicklung.

Eine Überschreitung der Grundlohnsummen-Entwicklung führt damit seit 2013 nicht mehr automatisch zu einer Verletzung des weiterhin geltenden Grundsatzes der Beitragssatzstabilität gemäß § 71 SGB V.

Gesetzliche Vorgaben zur Qualität der vertragszahnärztlichen Leistungserbringung können seit 2013 in dem Parameter „Art und Umfang zahnärztlicher Leistungen“ vergütungsseitig Berücksichtigung finden. In der praktischen Umsetzung erweist sich die Parametrisierung jedoch bisher als schwierig.

Unbeschadet dieser gesetzlichen Neuregelungen gelten unverändert die von der Bundeszahnärztekammer (BZÄK) und der Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung (KZBV) bereits in 2005 postulierten Grundsätze zur Qualitätsförderung bzw. Qualitätssicherung in der Zahnheilkunde, die mit der gemeinsamen „Agenda Qualitätsförderung“ aus Juli 2014 aktualisiert und erweitert wurden:

- I. Förderung und Sicherung von Qualität sind wesentliche Voraussetzungen für ein leistungsfähiges Gesundheitssystem.
- II. Qualitätsförderung ist eine zentrale Aufgabe des zahnärztlichen Berufsstandes. Als freier Beruf konzipiert und fördert er eigenständig Konzepte zur Sicherung einer qualitativ hochwertigen Versorgung.
- III. Es entspricht dem Selbstverständnis der Zahnärzte, ihre Patienten qualitativ hochwertig zu versorgen. Die Berufsvertretung der Zahnärzteschaft fördert daher ein reflexives zahnärztliches Berufsrollenverständnis und unterstützt Projekte zur Optimierung der Versorgungsqualität. Zwang und Kontrolle sind der Qualitätsförderung abträglich.
- IV. Die präventive Ausrichtung zahnmedizinischen Handelns ist ein wesentlicher Beitrag zur Qualitätsförderung. Ziel ist der Erhalt bzw. die Verbesserung der Mundgesundheit von Geburt an bis ins hohe Alter.

- V. Therapiefreiheit ist der Schlüssel zum Therapieerfolg. Dabei gewährleistet nur ein patientenbezogener Ansatz die Individualität der Behandlungsplanung. Leitlinien können diesen Prozess unterstützen.
- VI. Die Qualität der zahnmedizinischen Versorgung hängt wesentlich von der aktiven Mitarbeit des Patienten ab. Die umfassende Mitarbeit des Patienten und die Stärkung der Eigenverantwortung für seine Mundgesundheit sind im Rahmen der Qualitätsförderung in der Zahnmedizin unabdingbar.
- VII. Qualitätsförderung bedarf angemessener personeller und organisatorischer Strukturen sowie einer entsprechenden Vergütung. Die Rationierung von Mitteln ist der Qualitätsförderung abträglich.
- VIII. Eine an den medizinischen Erkenntnissen und dem Patientenwohl orientierte Aus- und Fortbildung ist eine unabdingbare Voraussetzung für eine hohe Qualität der zahnmedizinischen Versorgung.
- IX. Zahnärztliche Qualitätsförderung sollte in erster Linie sektorbezogen erfolgen und den Besonderheiten in der Zahnmedizin Rechnung tragen.
- X. Die Versorgungsforschung kann einen wichtigen Beitrag zur Förderung der Qualität in der zahnmedizinischen Versorgung leisten und muss von zahnärztlicher Seite gestärkt werden. Sie sollte hierbei dem Leitbild einer „lernenden Versorgung“ entsprechen und gleichermaßen der Qualität, den Patienten und der Förderung der Arbeitsbedingungen des zahnärztlichen Teams verpflichtet sein.

Der Vorstand der KZV Bremen vertritt zum Thema „Qualitätssicherung“ die Auffassung, dass diese im Praxisalltag schon von je her eine wichtige Rolle spielt, auch wenn die Verbesserung der Arbeitsprozesse früher nicht mit dem Namen „Qualitätssicherung“ belegt wurde.

Die Qualitätssicherung ist nach einhelliger Auffassung weiterhin eine wichtige Zukunftsaufgabe des Berufsstandes, die im Rahmen der Selbstverpflichtung in eigener Verantwortung zu erfüllen ist. Qualität muss sich in der Praxis beweisen, nicht „auf dem Papier“.

2.1 Gemeinsamer Bundesausschuss (GBA)

Zuständig für die Festlegung verpflichtender Maßnahmen der Qualitätssicherung nach § 135a SGB V ist gemäß § 137 Abs. 1 SGB V der Gemeinsame Bundesausschuss (GBA). Gemäß § 137 Abs. 4 SGB V legt der GBA auch die Qualitätskriterien für die Versorgung mit Füllungen und Zahnersatz fest. Zuständig für zahnärztliche Themen ist der „Unterausschuss Zahnärztliche Behandlung“.

In der Themenauswahl ist stets eine Vielzahl von Kriterien zu berücksichtigen. So ist die Relevanz eines Themas nicht allein abhängig von der damit verbundenen Fallzahl. Ebenso sind die Auswirkungen einer Erkrankung auf die betroffenen Patienten und die Komplexität der Behandlung zu berücksichtigen.

Aus zahnärztlicher Sicht sind Themen, die ausschließlich auf die Ergebnisqualität abzielen, abzulehnen, da hier nicht die Qualität der Versorgung, sondern letztlich lediglich die Höhe der Vergütung im Vordergrund stehen könnte.

In Vorbereitung bzw. in der Beratung befinden sich folgende zahnärztlichen Themen

- „Systemische Antibiotikatherapie in der Parodontologie ggf. im Rahmen konservierend-chirurgischer Behandlung“ mit den Zielen
 - Senkung der Anzahl nicht notwendiger Antibiotika-Verordnungen
 - Steigerung der Anzahl der Verordnungen von „Mitteln der ersten Wahl“

- „Qualität von Zahnextraktionen in Bezug auf Nachbehandlungen bei Zahnextraktionen“ mit den Zielen
 - Steigerung der Quote gewebeschonender Zahnextraktionen
 - Gestaltung der Indikationsstellung bezogen auf patientenseitige Risikofaktoren und die Durchführung von Extraktionen sowie des Patientenmanagements in der Weise, dass möglichst wenige Nachbehandlungen erforderlich werden.

2.2 Leitlinien

Ein wesentliches Element der zahnärztlichen Qualitätssicherung und –förderung ist die Erarbeitung und laufende Aktualisierung von Leitlinien.

Leitlinien sind systematisch entwickelte Entscheidungshilfen für angemessene ärztliche bzw. zahnärztliche Vorgehensweisen bei Präventionsmaßnahmen und speziellen gesundheitlichen Problemen. Sie stellen einen durch definiertes, transparent gemachtes Vorgehen erzielten Konsens mehrerer Experten aus verschiedenen Fachbereichen und/oder Arbeitsgruppen dar.

Leitlinien sind – in Abgrenzung zu Richtlinien – rechtlich nicht bindend und haben daher weder haftungsbegründende noch haftungsbefreiende Wirkung. Sie sind Orientierungshilfen im Sinne von "Handlungs- und Entscheidungskorridoren" und sie sind Instrumente der Qualitätssicherung und des Qualitätsmanagements. Sie sollen Behandlungsrisiken minimieren und zu einer wissenschaftlich begründeten, (zahn)ärztlichen Vorgehensweise motivieren und zugleich die Bedürfnisse und Einstellungen der Patienten berücksichtigen.

Die Aufgabe einer Leitlinie ist die Wertung des aktuellen Wissens zu speziellen Gesundheitsproblemen und (zahn)ärztlichem Handeln. Sie dient zudem der Klärung gegensätzlicher Standpunkte und wägt Nutzen und Schaden einer bestimmten Vorgehensweise ab. Letztlich dienen Leitlinien der Beantwortung der Fragen: Was ist notwendig und sinnvoll? Was ist überflüssig? Was ist obsolet?²

Folgende Leitlinien wurden von der Zahnärztlichen Zentralstelle Qualitätssicherung (ZZQ) erstellt bzw. aktualisiert:³

Stand:	Thema:
20.01.2014	Fluoridierungsmaßnahmen zur Kariesprophylaxe
31.01.2013	Operative Entfernung von Weisheitszähnen
22.11.2010	Fissurenversiegelung
22.11.2010	Früherkennung des Mundhöhlenkrebses
02.02.2009	Wurzelspitzenresektion

Die Deutsche Gesellschaft für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde (DGZMK) und ihre Fachgesellschaften haben folgende Leitlinien allein oder in Kooperation mit Dritten (z.B. mit der ZZQ) erarbeitet bzw. aktualisiert:⁴

Stand:	Thema:
26.03.2015	Hygienische Anforderungen an das Wasser in zahnärztlichen Behandlungseinheiten (S2k)
20.03.2015	Vollkeramische Kronen und Brücken (S3)
30.10.2013	Dentale digitale Volumetomographie (S2k)
04.07.2013	Implantatprothetische Versorgung des zahnlosen Oberkiefers (S3)

² Quelle: www.zzq-berlin.de/leit.htm

³ Quelle: www.zzq-berlin.de/leit.htm

⁴ Quelle: www.dgzmk.de/zahnaerzte/wissenschaft-forschung/leitlinien.html

Stand:	Thema:
16.04.2013	Fluoridierungsmaßnahmen (S2k)
22.03.2013	Operative Entfernung von Weisheitszähnen (S2k)
29.11.2012	Implantologische Indikationen für die Anwendung von Knochenersatzmaterialien (S2k)
01.08.2012	Festsitzender Zahnersatz für zahnbegrenzte Lücken (S1)
08.05.2012	Zahnsanierung vor Herzklappenersatz (S2k)
08.05.2012	Zahnsanierung vor Herzklappenersatz (S2k)
08.05.2012	Indikationen zur implantologischen 3D-Röntgendiagnostik und navigationsgestützten Implantologie (S2k)
02.12.2010	Fissuren- und Grübchenversiegelung (S3)
01.12.2010	Diagnostik und Management von Vorläuferläsionen des oralen Plattenepithelkarzinoms in der Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde (S2k)
12.02.2009	Wurzelspitzenresektion (S2)

Weitere Leitlinien anderer Fachgesellschaften:⁵

Stand:	Thema:
05.02.2014	Mundhöhlenkarzinom, Diagnostik und Therapie (S3)
05.07.2013	Obstruktive Sialadenitis (S2k)
15.04.2012	Bisphosphonat-assoziierte Kiefernekrosen (BP-ONJ) und andere Medikamenten-assoziierte Kiefernekrosen (S3)
15.04.2012	Umgang mit Patienten mit nicht-spezifischen, funktionellen und somatoformen Körperbeschwerden (S3)
15.12.2007	Prophylaxe der infektiösen Endokarditis

Weitere Leitlinien sind in Arbeit bzw. in Planung (ebenfalls zum Teil in Kooperation mit Dritten, z.B. der ZZQ).

Die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung (KZBV) begleitet die Beratungen zu folgenden Leitlinienprojekten:⁶

- Bruxismus
- Chemische Plaquerreduktion in der Gingivitis- und Parodontistherapie
- Dentales Trauma im bleibenden Gebiss
- Der keilförmige Defekt
- Diabetes und Parodontitis
- Diagnostik und Therapie von Aphten und aphtoiden Läsionen der Mundschleimhaut
- Grundlegende Empfehlungen zur Kariesprophylaxe im bleibenden Gebiss
- Instrumentelle zahnärztliche Funktionsanalyse
- Mechanische Biofilmkontrolle in der Prävention und Therapie bei parodontalen Erkrankungen

⁵ Quelle: www.dgzmk.de/zahnaerzte/wissenschaft-forschung/leitlinien.html

⁶ Quelle: Bericht des Vorstandes der KZBV für die Vertreterversammlung der KZBV am 28./29.10.15 in Hamburg.

Auf einer Konsensuskonferenz im September 2015 wurden folgende Leitlinien konsentiert, die zeitnah veröffentlicht werden sollen:⁷

- Periimplantäre Infektionen an Zahnimplantaten, Behandlung
- Zahnimplantate bei Patienten mit Zahnnichtanlagen
- Zahnimplantate bei Diabetes mellitus
- Zahnimplantate bei medikamentöser Behandlung mit Knochenantiresorptiva (inkl. Bisphosphaten)

Leitlinien differenzieren nicht zwischen vertrags- und privat-zahnärztlicher Leistungserbringung. Eine solche Trennung wäre hinsichtlich der Qualität der Leistungserbringung weder erforderlich noch sachgerecht. Relevant wird diese Trennung erst in der nachgelagerten Leistungsabrechnung. So ist z.B. bei Implantatversorgungen in Hinblick auf die Qualität der Versorgung eine Trennung zwischen – privat-zahnärztlich abzurechnendem – Implantat und – vertragszahnärztlicher – Suprakonstruktion nicht sinnvoll.

Die vorstehenden umfangreichen Auflistungen, die nur einen Ausschnitt aus der Vielzahl zahnärztlicher Leitlinien darstellen, belegen, dass Qualitätssicherung und –förderung für die Zahnärzteschaft weit mehr ist als eine Reaktion auf gesetzliche Vorgaben. „Qualität“ ist vielmehr ein wesentlicher Ausdruck des zahnärztlichen Selbstverständnisses, jenseits der immer wieder veränderten „technischen“ Definition von vertrags- und privat-zahnärztlichen Leistungen.

2.3 Deutsche Mundgesundheitsstudien

Bereits seit Beginn der 80er Jahre unterzieht die Deutsche Zahnärzteschaft mittels der „Deutschen Mundgesundheitsstudien“ (DMS) die Qualität zahnärztlicher Leistungen selbst regelmäßig kritischen Prüfungen.

Die DMS erlauben eine fortlaufend aktuelle, repräsentative Charakterisierung oral- und sozialepidemiologischer Morbiditäts-, Mundgesundheitsversorgungs- und Mundgesundheitsverhaltensparameter der deutschen Bevölkerung.

Die zurückliegenden DMS zeigten unter anderem, dass es zu einem kontinuierlichen Rückgang der allgemeinen Karieslast bei Kindern und Jugendlichen einerseits gekommen ist, der im Zusammenhang mit der Ausweitung der Fissurenversiegelungen sowie einem regelmäßigen kontrollorientierten Inanspruchnahmeverhalten steht, es andererseits eine wachsende Schiefelage innerhalb dieser Verteilung gibt (Kariespolarisation). Dieser Trend wird bei Erwachsenen und auch Senioren eher durch einen Rückgang extrahierter Zähne bestimmt. Für die Parodontitis wurde eine allgemeine Zunahme der Erkrankungslast bei gleichzeitigem Anstieg begleitender Zahnerkrankungen (Wurzelkaries) festgestellt.

Nach den gesamtdeutschen Erhebungszeitpunkten 1997 und 2005 ist es nun das Ziel, mit der DMS V des Instituts der Deutschen Zahnärzte (IDZ) eine versorgungsepidemiologische Kennziffernaktualisierung unter Berücksichtigung des demografischen Wandels sowie der zeitgemäßen Methodenliteratur vorzulegen. Zu diesem Zweck wurden in die aktuelle Mundgesundheitsübersicht erstmals auch Daten von Frauen und Männer über 75 Jahre mit aufgenommen.

Finanziert von Bundeszahnärztekammer und Kassenzahnärztlicher Bundesvereinigung wurden von Oktober 2013 bis Juni 2014 in insgesamt 90 Untersuchungsgemeinden (über ganz Deutschland verteilt) zahnmedizinische Untersuchungen und ausführliche Befragungen durchgeführt. Insgesamt 4.000 Personen wurden per Zufallsauswahl aus den Einwohnermeldeämtern der entsprechenden Gemeinden ausgewählt und um eine Mitarbeit gebeten.

⁷ Quelle: Bericht des Vorstandes der KZBV für die Vertreterversammlung der KZBV am 28./29.10.15 in Hamburg.

Die Daten aus diesen Erhebungen zur DMS V werden derzeit durch das IDZ wissenschaftlich aufbereitet und im Rahmen eines Forschungsberichts voraussichtlich Anfang 2016 veröffentlicht.

In den folgenden Ausführungen wird gemäß der Vorgaben aus § 136 Abs. 1 SGB V auf die vertragszahnärztlichen Aspekte der Qualitätssicherung im Lande Bremen abgestellt.

3. Ziele

Die KZV Bremen betreibt seit mehreren Jahren mit differenzierten Ansätzen – die zum Teil aus gesetzlichen Vorgaben resultieren, zum Teil aber auch unabhängig davon sind – Qualitätssicherung auf verschiedenen Ebenen:

- I. Fortbildung in Kooperationen mit der Zahnärztekammer Bremen (→ Kapitel 4)
- II. Gutachterwesen / Tübinger Modell (→ Kapitel 5)
- III. Qualitätsmanagement / Qualitätssicherung (→ Kapitel 6)
- IV. Honorarverteilungsmaßstab (→ Kapitel 7)
- V. ergänzende Maßnahmen (→ Kapitel 8)

Die KZV Bremen verfolgt mit diesem Multilevel-Ansatz mehrere Ziele:

Die Fortbildung zu vertragszahnärztlichen Themen wird im Lande Bremen in ein umfassendes Konzept eingebettet, das alle Aspekte des zahnärztlichen Berufes umfasst. Dazu zählen Fortbildungen zu übergreifenden Themen wie z.B. zu Fragen des Praxismanagements und der Praxisorganisation. In diesem Zusammenhang spielen auch die Fortbildungsveranstaltungen für Zahnmedizinische Fachangestellte (ZFA) eine nicht zu unterschätzende Rolle. Voraussetzung für einen qualitäts-orientierten Arbeitsablauf ist, dass alle Mitwirkenden an dem Prozess der Leistungserbringung den Qualitätsgedanken verinnerlichen und in ihrem Handeln umsetzen.

Das „Tübinger Modell“, das im Bereich der KZV Bremen bereits in 2001 eingeführt wurde, ist eine weitere, von der Zahnärzteschaft selbst initiierte Stufe der Qualitätssicherung, obwohl dieses Modell vordergründig zunächst eine Qualitätsprüfung darstellt. Das Modell ermöglicht es aber, anhand objektiver Kriterien Qualitätsmerkmale abzufragen und die Ergebnisse dieser Abfrage zu analysieren. Damit werden die Voraussetzungen geschaffen, um die Ursachen für erkannte Qualitätsmängel gezielt und effektiv anzugehen. Ziel des „Tübinger Modells“ ist aber nicht vorrangig die „Kontrolle“ der Beteiligten auf Grundlage irgendwelcher theoretischer Kriterien, sondern eine möglichst unbürokratische, fachlich gesicherte und praxisnahe Verfahrenshilfe für die beteiligten Gutachter und Praxen. Nach den guten Ergebnissen für PAR und ZE wurde 2006 das Tübinger Modell auf den Bereich der Kieferorthopädie erweitert.

Mit der Durchführung von Schulungsmaßnahmen zur Umsetzung der Vorgaben aus der Qualitätsmanagement-Richtlinie gemäß § 135a Abs. 2 Ziffer 2 SGB V (→ Kapitel 6.1) hat die KZV Bremen – hier in enger Zusammenarbeit mit der Zahnärztekammer Bremen – für die Praxen im Lande Bremen die Möglichkeit geschaffen, diese Vorgaben praxisorientiert und mit möglichst geringem Verwaltungsaufwand umzusetzen.

Würde die Qualitätssicherung hingegen ausschließlich auf die „technische“ Qualität der erbrachten Leistungen reduziert, so wie dies zum Teil von den Krankenkassen in den Verhandlungen über die Qualitätssicherungs-Richtlinie gemäß § 135a Abs. 2 Ziffer 1 SGB V (→ Kapitel 6.2) versucht wurde, blieben wichtige Aspekte, die in direktem Zusammenhang mit der Qualität stehen, unberücksichtigt. So ist eine der Grundvoraussetzungen für eine gesicherte Qualität der zahnärztlichen Leistungen eine entsprechende Arbeitsvorbereitung und ein qualitätsorientierter Arbeitsablauf.

Mit dem Honorarverteilungsmaßstab setzt die Qualitätssicherung auf der monetären Ebene an, indem für Praxen mit geringeren Fallzahlen höhere höchstzulässige Vergütungen je Fall gelten. Dieser Ansatz entspricht jedoch nicht der originären zahnärztlichen Sichtweise von Qualitätssicherung, sondern ist lediglich Folge der durch das GKV-Versorgungsstrukturgesetz zwar abgeschwächten, aber weiterhin bestehenden gesetzlichen Vorgaben aus § 85 SGB V.

Die ergänzenden „internen“ Maßnahmen zur Qualitätssicherung wurden von der KZV Bremen in den letzten Jahren kontinuierlich ausgebaut. Neben statistischen Auswertungen wie der „PAR-/ KBR-Hitliste“ und der „HVM-Fallzahl-Hitliste“ werden bei Bedarf „Praxisneugründer-Seminare“ durchgeführt, in denen jungen Zahnärztinnen und Zahnärzten ein umfassender Einblick in „das Leben als Vertragszahnarzt“ vermittelt wird.

Ergänzend bietet die KZV Bremen ihren Mitgliedern jeweils bei Bedarf Informationsveranstaltungen zu aktuellen vertragszahnärztlichen Themen an.

Ein wesentliches Tätigkeitsfeld wird in den kommenden Jahren die aufsuchende zahnärztliche Betreuung und Versorgung sowie die Verbesserung der zahnärztlichen Betreuung von Heimbewohnern sein (→ Kapitel 9).

In Hinblick auf die Qualitätssicherung sind hingegen Selektivverträge (→ Kapitel 11) sehr kritisch zu betrachten. Da derartige Verträge, die direkt zwischen Krankenkassen und einzelnen oder Gruppen von Leistungserbringern geschlossen werden, in der Regel rein „preisorientiert“ gestaltet sind, bleibt für Qualitätsaspekte grundsätzlich kein Spielraum, selbst wenn häufig die Förderung und Verbesserung der Leistungsqualität als vorrangiges Qualitätsziel benannt wird. Hiervon zu unterscheiden sind jedoch die „kollektiven Selektivverträge“ zwischen Krankenkassen und einzelnen KZVen. Derartige Verträge stehen grundsätzlich allen Mitgliedern dieser KZVen offen und beinhalten i.d.R. Qualitätskriterien, die auf Grundlage von zahnärztlichem Sachverstand definiert wurden. So wurden z.B. mit dem „Endo-Vertrag“ zwischen der KZV Bayerns und dem bayerischen BKK-Landesverband nicht nur Behandlungsstandards, sondern auch die Dokumentation von Erfolg/Misserfolg festgelegt.

Auf die aktuelle Flüchtlings-Thematik wird im Folgenden nicht gesondert eingegangen, da für diese Patientengruppe keine gesonderten Qualitätsaspekte im Vergleich zu den übrigen Patienten in vertragszahnärztlichen Praxen zum Tragen kommen.

4. Fortbildung in Kooperation mit der Zahnärztekammer Bremen

Gemäß § 3 Abs. 4 der geltenden Satzung der KZV Bremen kooperiert die KZV bei der Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen mit der Zahnärztekammer Bremen (ZÄK). Die KZV stellt der ZÄK zu diesem Zweck pro Jahr einen Betrag zur Verfügung, für den diese Fortbildungsveranstaltungen zu vertragszahnärztlichen Themen durchführt.

Der permanente Informationsaustausch mit der Kammer stellt dabei sicher, dass die Fortbildungsangebote zu vertragszahnärztlichen Themen

- durch den Vertreter der KZV im Fortbildungsausschuss der Kammer in enger Abstimmung mit der KZV gestaltet werden und
- in ein ganzheitliches Konzept eingebettet sind,

wodurch ein bedarfsgerechtes Fortbildungsangebot gewährleistet wird. So führte die ZÄK in 2015 u.a. folgende – zum Teil mehrtägige – Fortbildungsveranstaltungen für Zahnärzte, ZFA, ZMF oder als Team-Kurse ganz oder teilweise zu vertragszahnärztlichen Themen durch:

- Abrechnung:
 - BEMA Teil I
 - BEMA Teil II
 - Zahntechnische Abrechnung – Was Sie schon immer wissen wollten
 - ZE-Abrechnung
 - ZE I - für Newcomer
 - ZE II – für Profis
 - Abrechnung Festzuschüsse
 - Brückenkurs Abrechnung
 - KFO-Abrechnung für Einsteiger
 - ZMP Stufe II - Abrechnung
 - Abrechnung auf ein Neues
 - Basis für (Neu)Einsteiger und Profis – Mit einer soliden Grundlage in die Abrechnung
 - Abrechnung der Endodontologie
 - Abrechnung leicht gemacht
- Prophylaxe:
 - Grundlagen der zahnärztlichen Prophylaxe I
 - Grundlagen der zahnärztlichen Prophylaxe II
 - Prophylaxe ein Leben lang – vom Kleinkind bis zum 50+ Patienten
 - Prophylaxe für unsere Kleinsten
 - Prophylaxe auf ein Neues
 - Dreierlei Fissurenversiegelung
 - Spezialitäten in der Prophylaxe
 - Abrechnen von prophylaktischen Leistungen
- Verschiedenes:
 - Röntgenaktualisierung
 - Der alternde Mensch im zahnärztlichen Praxisalltag – Modul 1
 - QM – garantiert einfach
 - Suprakonstruktion

- Bisshebung im Abrasions- und Erosionsgebiss
- Schwierige Fälle in der KFO – Teil 1
- Schwierige Fälle in der KFO – Teil 2
- Schwierige Fälle in der KFO – Teil 3
- PAR-Konzept
- Schienentherapie
- Chirurgie, Modul 1
- Chirurgie, Modul 2
- Chirurgie, Modul 3
- Chirurgie, Modul 4
- Chirurgie, Modul 5

Die KZV Bremen stellt außerdem Räume sowie Materialien für die regelmäßig stattfindenden und von den teilnehmenden Vertragszahnärzten selbst organisierten Qualitätszirkel zur Verfügung.

Auch in 2015 fanden unter der Leitung von speziell geschulten – zahnärztlichen – Moderatoren mehrere Qualitätszirkel mit durchschnittlich etwa 15 bis 20 Teilnehmern zu verschiedenen Themen aus der zahnärztlichen Leistungs-Erbringung statt. Neu hinzugekommen ist in 2015 ein Qualitätszirkel, der sich speziell mit der Betreuung und Versorgung von Patienten in stationären Pflegeeinrichtungen befasst.

Zusätzlich finden seit 2006 regelmäßig zahnärztliche Colloquien statt, in denen im „kleinen Kreis“ unter Mitwirkung von hochqualifizierten Referenten spezielle Themen aus der Zahnheilkunde intensiv erörtert werden.

Von der KZV wurde zudem eine Fortbildungsveranstaltung zum Thema „Qualitätsmanagement“ durchgeführt, in der der Schwerpunkt auf den gesetzlichen Vorgaben nach dem SGB V bzw. den entsprechenden Bundes-Richtlinien lag.

5. Gutachterwesen / Tübinger Modell

5.1 Gutachterwesen

Besonders bewährt hat sich seit Jahren das Gutachterwesen in der vertragszahnärztlichen Versorgung. Das Gutachterverfahren ist auf Bundes- und Landesebene in Verträgen mit den Krankenkassenverbänden geregelt. Die Gutachter werden einvernehmlich von Krankenkassen und KZVen bestellt. Gutachten können vor und nach der Behandlung erstellt werden.

In einem *Planungsgutachten* vor Beginn der Behandlung beurteilt der Gutachter, ob die geplante Therapie fachlich angemessen ist und von der Krankenkasse bezuschusst werden kann. Bei einer Beschwerde des Patienten nach abgeschlossener Behandlung wird in einem *Mängelgutachten* die Berechtigung der Beschwerde eines Patienten beurteilt.

Der weit überwiegende Teil der Gutachten sind Planungsgutachten. Neben der qualitätsfördernden Begutachtung von Behandlungsplänen im Vorfeld der Behandlung gewährleistet dieses System bei Beanstandungen der Versorgung nach der durchgeführten Behandlung den Patienten eine zeitnahe und in der Regel abschließende Beurteilung, so dass bei Bedarf zeitnah eine Neuversorgung erfolgen kann.

Das vertragszahnärztliche Gutachterwesen weist die Besonderheit auf, dass es ein rein innerzahnärztliches System ist. Die Begutachtung erfolgt ausschließlich durch für diese Tätigkeit speziell qualifizierte Vertragszahnärzte. Dies führt zu einer hohen Akzeptanz der erstellten Gutachten nicht nur bei den Patienten und den Krankenkassen, sondern insbesondere bei den Behandlern, deren Pläne begutachtet werden. Zu dieser Akzeptanz trägt wesentlich bei, dass das kollegiale Gespräch zwischen Gutachter und Behandler Bestandteil jeder Begutachtung ist.

Die Vertrags-Gutachter der KZV Bremen werden auf Gutachter-Tagungen und Gutachter-Gesprächskreisen, die die KZV Bremen regelmäßig durchführt, über aktuelle Entwicklungen im Bereich der Qualitätssicherung informiert.

Am 23.06.2015 fand ein Gutachter-Gesprächskreis statt, in dem vorrangig praktische Probleme aus der Gutachter-Tätigkeit u.a. anhand ausgewählter Fälle besprochen wurden. Zudem wurden die seit dem 01.05.2015 gültige neue PEA-Verfahrensordnung sowie die regionale Ergänzungsvereinbarung gemäß der Bundes-Gutachter-Vereinbarung erörtert. Der Gesprächskreis wurde durch den Vorstandsvorsitzenden, der auch Gutachter-Referent ist, in enger Kooperation mit dem Vorsitzenden des Prothetik-Einigungs-Ausschusses (PEA) vorbereitet und geleitet. Die Gutachter erhalten damit ein direktes, praxis-bezogenes Feedback durch den Vorsitzenden der Widerspruchs-Instanz für Primärkassen-Fälle.

Die jährliche Gutachter-Tagung fand am 07.10.2015 statt. Im Vorfeld dieser Veranstaltung führte die KZV Bremen eine Gutachter-Fortbildung durch mit dem Referenten Prof. G. Meyer aus Greifswald zu dem Thema „Wann stimmt der Biss?“. Die Teilnahme an dieser Fortbildung sowie an der nachfolgenden Tagung war für die Vertrags-Gutachter der KZV Bremen verpflichtend. Zu den Gutachter-Tagungen werden stets auch die Gutachter der Zahnärztekammer, sofern sie nicht auch gleichzeitig Vertrags-Gutachter sind, sowie der Gutachter-Referent der Zahnärztekammer eingeladen, da insbesondere im Zahnersatzbereich die Erbringung vertraglicher und außervertraglicher Leistungen häufig eng miteinander verbunden ist. Gemäß der Bundes-Gutachtervereinbarung wurden zu der Tagung auch die Vertreter der Krankenkassenverbände im Lande Bremen eingeladen.

Ergänzend finden auf regionaler und Bundes-Ebene Tagungen der KFO- und der Implantologie-Gutachter (Ausnahmeindikationen gemäß § 28 SGB V) statt.

Die Gutachter werden dazu angehalten, der Qualität der begutachteten Versorgungen besondere Beachtung zu schenken. So werden die Gutachter für Qualitätsmerkmale sensibilisiert, die über rein „technische“ Aspekte wie den Randschluss oder Lockerungsgrade hinausgehen.

Im Rahmen der Veranstaltungen werden auch Erfahrungen z.B. über neue Materialien und Behandlungsmethoden, Korrelationen zwischen Alter eines Zahnersatzes und ggf. auftretende Mängel ausgetauscht und zusammengetragen.

Wenn gegen ein Gutachten durch den Behandler oder die Krankenkasse Widerspruch eingelegt wird, erhält der Gutachter stets eine Mitteilung über die Entscheidung der nächsten Instanz bzw. der nächsten Instanzen (Primärkassen: Prothetik-Einigungsausschuss (PEA) / PEA-Widerspruchsstelle; Ersatzkassen: Obergutachten / Vorstand). Damit bekommt der Gutachter ein „Feedback“. Werden gutachterliche Entscheidungen eines bestimmten Gutachters in der Folgeinstanz auffallend häufig abgeändert, prüft der Vorstand die zugrunde liegenden Fälle und erörtert sie bei Bedarf mit dem Gutachter.

Der Vorstand hat am 09.11.2005 eine Gutachter-Richtlinie beschlossen und gemäß der neuen Bundesgutachtervereinbarung am 02.07.2014 aktualisiert, in der u.a. definiert wird, welche

- Voraussetzungen designierte Gutachter erfüllen müssen, um berufen zu werden (z.B. Mindest-Tätigkeitszeit als Vertragszahnarzt, vorherige Tätigkeit als stellv. Mitglieder im PEA, mindestens landesdurchschnittliches KZV-Abrechnungsvolumen);
- Pflichten Gutachter haben (z.B. laufende Fortbildung).

Außerdem ist mit dieser Richtlinie festgelegt, dass angestellte Zahnärzte nicht als Vertrags-Gutachter tätig sein können. In Folge der mit der Angestellten-Tätigkeit verbundenen wirtschaftlichen Abhängigkeit wäre nicht uneingeschränkt sichergestellt, dass bei der gutachterlichen Tätigkeit eines Angestellten die gemäß Ziffer 5 des Allgemein Teils der Bundesgutachter-Vereinbarung zwingend erforderliche fachliche Unabhängigkeit und Weisungsungebundenheit stets uneingeschränkt gegeben wäre.

Mit der Gutachter-Richtlinie wird ein weiterer Beitrag für eine nachhaltige Qualitätssicherung geleistet, indem sichergestellt wird, dass die Berufung von Gutachtern nach objektiven und transparenten Kriterien erfolgt. Hierdurch wird zusätzlich eine kollegiale Akzeptanz der Vertragsgutachter bei den von Gutachten betroffenen Behandlern erreicht, die dadurch belegt wird, dass von den jährlich insgesamt rund 1.000-1.200 ZE-Planungs- und Mängel-Gutachten weniger als 5 % aufgrund von Widersprüchen der Behandler in die nächste Instanz gelangen.

Gemäß der Bundes-Gutachtervereinbarung gilt, dass erstmalig berufene Gutachter im ersten Jahr ihrer Gutachter-Tätigkeit die erstellten Gutachten der KZV bzw. dem von ihr bestellten Fachberater zur Beratung hinsichtlich einer kontinuierlichen Qualitätssicherung vorzulegen haben. Diese Aufgabe wird bei der KZV Bremen von dem Vorstandsvorsitzenden und Gutachter-Referenten übernommen, so dass der Vorstand, der für die Berufung von Gutachtern zuständig ist, ein direktes Feedback über die Tätigkeit neuer Gutachter erhält.

5.2 Tübinger Modell

Im Falle einer Begutachtung überlässt der Behandler zusammen mit den diagnostischen Unterlagen das von ihm entsprechend ausgefüllte „Tübinger Modell“-Formular dem Gutachter. Das in Form eines Fragebogens gestaltete Formular dient dem Behandler gleichzeitig als Check-Liste mit Punkten, die für eine fachlich fundierte Planung unerlässlich ist. Das Formular dient auch der Kommunikation zwischen Behandler und Gutachter. Der Gutachter füllt nach Auswertung der vorgelegten Unterlagen und evtl. Untersuchung des Patienten das Formular aus und sendet an die KZV sowie an den Behandler je eine Kopie.⁸

Die Daten aus den Formularen werden von der KZV anonymisiert erfasst und jährlich ausgewertet. Anhand der Auswertungsergebnisse ist dann deutlich erkennbar, welche Probleme

⁸ Bei Nachbegutachtungen, Obergutachten und PEA-Stellungnahmen wird nicht erneut ein „Tübinger Modell“-Bogen ausgefüllt. Bei Begutachtungen von Behandlungen Bremer Versicherter durch auswärtige Zahnärzte entfällt der „Tübinger Modell“-Bogen. Die Zahl der nachfolgend aufgeführten „Tübinger Modell“-Fälle ist deshalb etwas geringer als die Zahl der Gutachten.

ggf. im Rahmen von Gutachten gehäuft zu Tage treten, so dass an diesen Punkten gezielt z.B. mit entsprechenden Fortbildungs-Angeboten (→ Kapitel 4) und Informationen (individuell oder allgemein an alle Praxen z.B. per Rundschreiben) angesetzt werden kann.

Das bereits in 2001 im Lande Bremen eingeführte „Tübinger Modell“ setzt am Anfang einer Behandlung an. Grundlage für den Erfolg einer Behandlung ist eine gründliche befundorientierte Planung mit Diagnostikunterlagen in mindestens ausreichender Qualität. Das Gutachterverfahren stellt somit ein effektives ergänzendes Qualitätssicherungsinstrument dar.

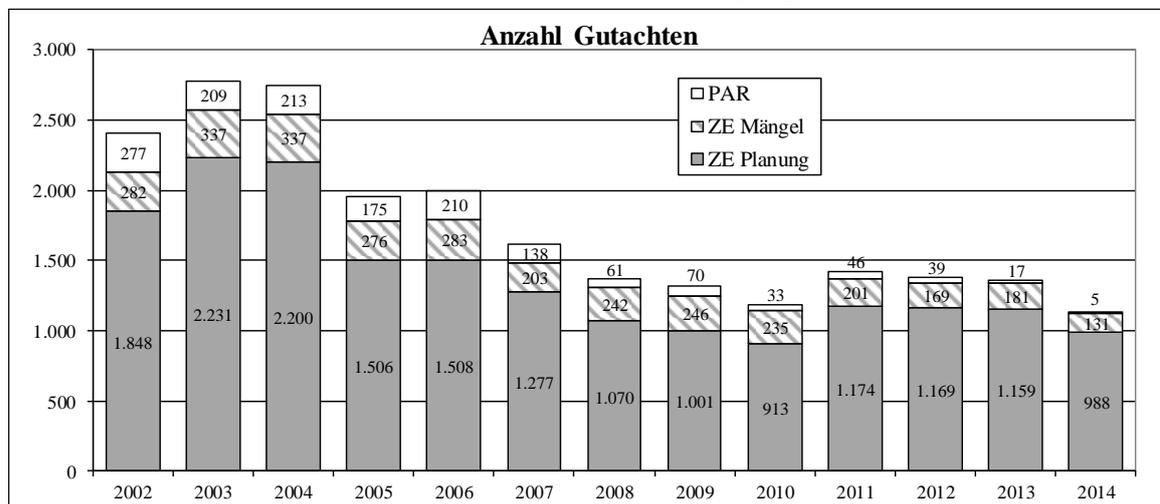
Das „Tübinger Modell“ ist voraussetzungsorientiert, ohne Zusatzbelastung für den Patienten. Der Vorteil für die Behandler ist, dass das Formblatt als Kommunikationsbogen und Checkliste zugleich dient. Das fachlich fundamentierte System des „Tübinger-Modells“ ist einer schematischen Qualitätskontrolle mittels rein statistischer Auswertung der Haltbarkeit (z.B. Tragedauer, Wiederholungsleistung) zahnärztlicher Leistungen vorzuziehen. Die Qualitätskontrolle befindet sich sinnvollerweise in der Hand der Zahnärzteschaft, nur diese kann eine fundierte fachliche Beurteilung abgeben. Das „Tübinger Modell“ schafft damit die Voraussetzungen, um die Ursachen für erkannte Qualitätsmängel gezielt und effektiv anzugehen und ist durch die Einbeziehung sowohl der Gutachter als auch der Behandler eine Hilfe für die Praxen.

Grundlage ist die zentrale Bedeutung von Befund und Planung unter Beachtung der Richtlinien. *Ziel* ist die gutachterliche (fachliche) Beurteilung von Diagnostik und Vorbehandlung zur Sicherung der Qualität zahnärztlicher Behandlungstätigkeit. Die *Durchführung* geschieht unter aktiver Einbeziehung des Behandlers. Qualitätssicherung wird somit unter realen Praxisbedingungen durchgeführt, ohne dass das sensible Beziehungsgeflecht zwischen Zahnarzt, Patient und Krankenkasse gestört wird.

5.2.1 Tübinger Modell ZE/PAR

Die durchschnittliche Zahl der im „Tübinger Modell“ erfassten ZE-Planungsgutachten lag in 2014 hingegen bei rund 80 pro Monat. Hinsichtlich der nachfolgend angegebenen Prozentwerte für „ZE-Mängel“ und PAR ist zu beachten, dass diese nur bedingt aussagekräftig sind, da im Lande Bremen durchschnittlich nur ca. 1-2 PAR-Planungsgutachten und rund 10-15 ZE-Mängelgutachten pro Monat erfolgen. Deshalb führt schon eine geringe Schwankung der absoluten Fallzahl zu einer starken prozentualen Veränderung.

Insbesondere im Bereich der Planungsgutachten war seit Einführung des ZE-Festzuschussystems im Jahre 2005 ein kontinuierlicher Rückgang der Zahl der von den Krankenkassen in Auftrag gegebenen ZE-Planungsgutachten bis 2010 festzustellen. Diese Entwicklung ist kein „Bremen-Spezifikum“, sondern deckt sich mit den im Bundesgebiet insgesamt rückläufigen Zahlen. Nachdem in 2011 die Zahl der ZE-Planungsgutachten erstmals wieder anstieg, blieb sie bis 2013 nahezu konstant. In 2014 ist erneut ein Rückgang zu erkennen:



Auch für PAR-Planungsgutachten ist insbesondere seit 2007 ein Rückgang festzustellen. In 2014 lag die Zahl der Planungsgutachten bei nur noch 2 % des Wertes aus dem Jahr 2002.

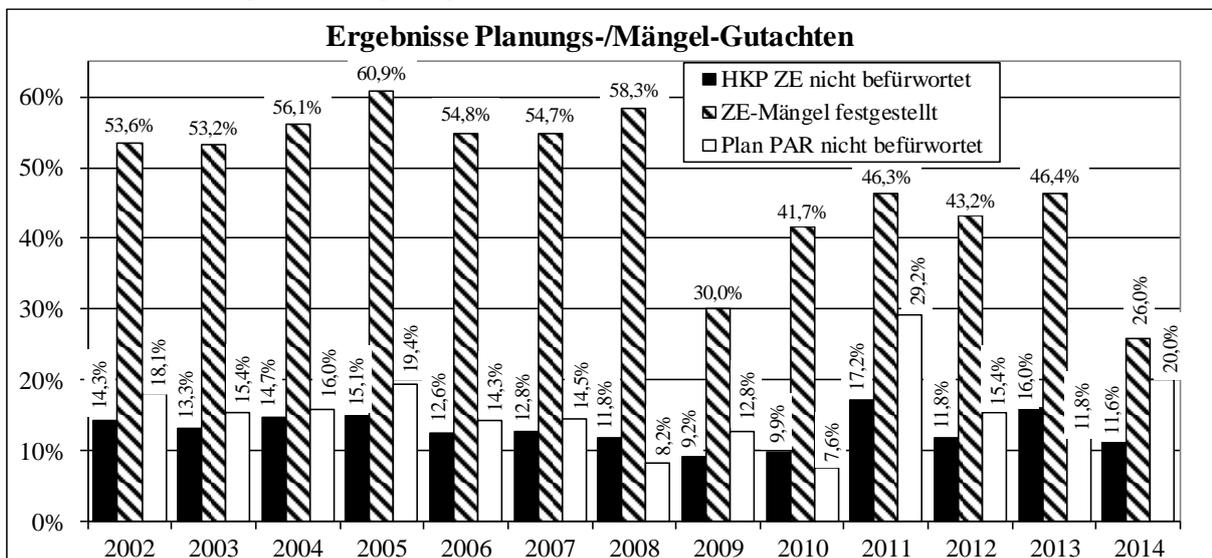
Seit 2010 ist die Zahl der ZE-Mängelgutachten tendenziell ebenfalls rückläufig (siehe vorstehende Grafik). Die niedrigere absolute Zahl derartiger Gutachten belegt nicht nur die hohe Qualität der vertragszahnärztlichen Versorgung im Lande Bremen, sondern zeigt auch den verantwortungsbewussten Umgang der beauftragenden Krankenkassen mit diesem Instrument.

Jeder Behandler kennt aus seiner Praxis Einzelfälle, in denen fachlich einwandfreie Versorgungen nicht den subjektiven Erwartungen des Patienten entsprechen. In Zusammenarbeit der KZV Bremen mit den Verbänden der Krankenkassen wird angestrebt, dass in solchen Fällen von den Krankenkassen nicht der „leichtere“ Weg der Einleitung eines Mangelgutachtens zur „Beruhigung“ von unzufriedenen Versicherten gegangen wird. Stattdessen sollen die Krankenkassen ihre Versicherten über den Sinn und Zweck von Gutachten aufklären.

In der überwiegenden Zahl der Fälle wird deshalb von den Krankenkassen i.d.R. ein Mängelgutachten nur dann eingeleitet, wenn eine begründete Vermutung für einen bestehenden Mangel und nicht nur eine subjektive Unzufriedenheit des Versicherten mit seiner Zahnersatzversorgung vorliegt.

Diese dezidierte Vorarbeit ist eine wesentliche Ursache dafür, dass in den wenigen ZE-Mängelgutachten bei einem vergleichsweise hohen Anteil der Fälle Mängel festgestellt werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass „Mängel festgestellt“ nicht heißt, dass die Versorgung in jedem Fall vollständig unbrauchbar ist. In vielen Fällen ist eine – für den Patienten kostenlose – Nachbesserung möglich.

Der vorübergehende Anstieg der Zahl der nicht befürworteten PAR-Pläne in 2011 und 2014 ist vor dem Hintergrund der geringen Zahl von PAR-Gutachten zu sehen (siehe oben):



Die absolute Zahl der nicht befürworteten

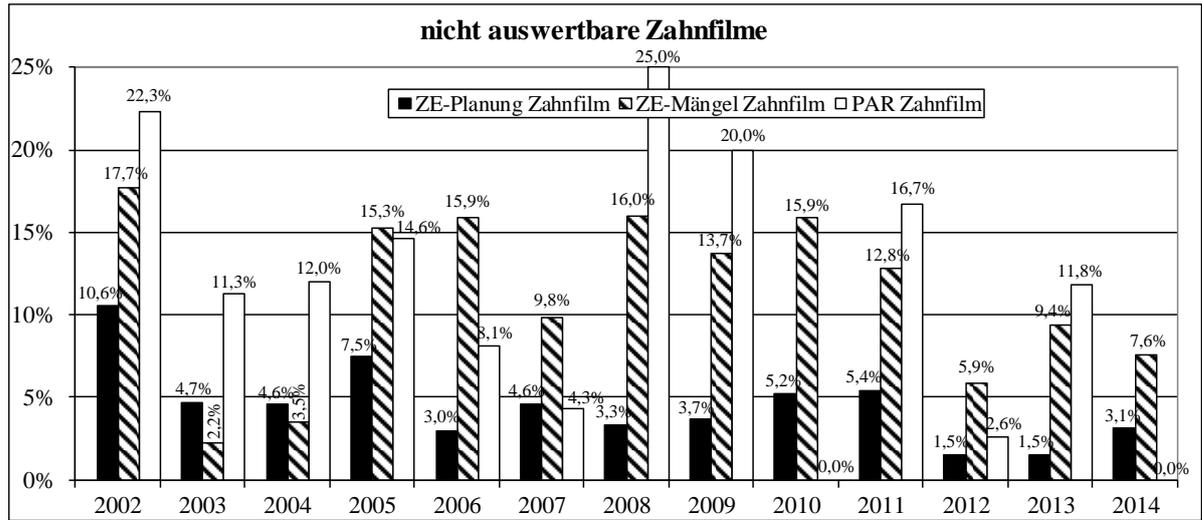
- ZE-HKPs ist von 185 (bei 1.159 Planungsgutachten) in 2013 auf 115 (bei 998 Planungsgutachten) in 2014 zurück gegangen,
- PAR-Pläne ging weiter zurück von 2 (bei 17 Planungsgutachten) in 2013 auf nur noch 1 (bei 5 Planungsgutachten) in 2014.

Sowohl zu der Zahl der im „Tübinger Modell“ erfassten Gutachten als auch der nicht befürworteten Planungen ist die Relation zu der jeweiligen Gesamt-Fallzahl zu beachten. Bei insgesamt rund 90.000 ZE-Fällen und knapp 7.000 PAR-Fällen, die in 2014 von Zahnärzten im Lande Bremen über die KZV Bremen abgerechnet wurden, lag der prozentuale Anteil von

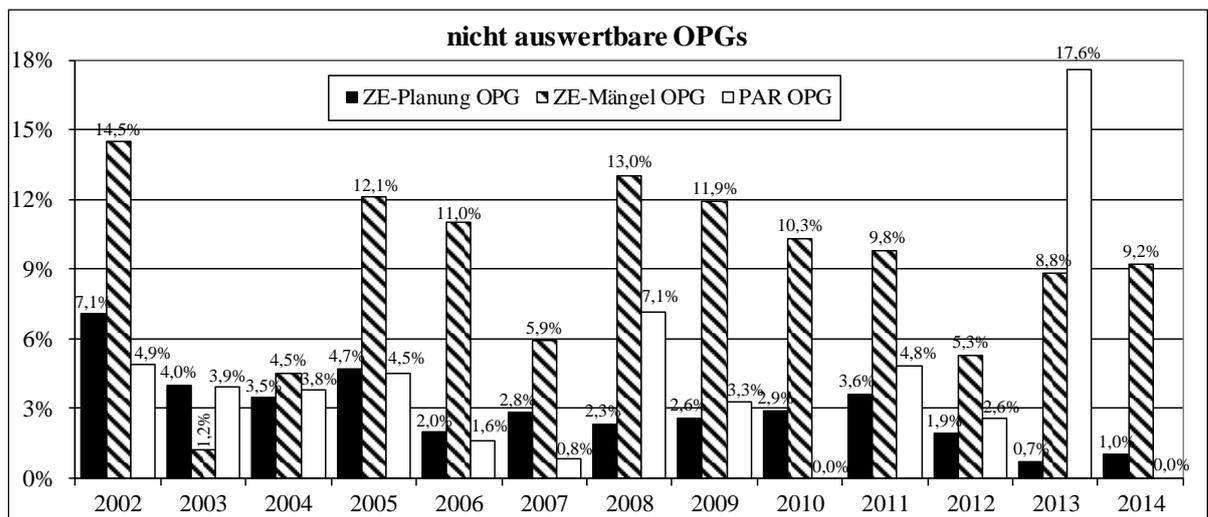
- ZE-Planungsgutachten (998) bei 1,1 % (115 nicht befürwortet: 0,1 %);
- PAR-Planungsgutachten (5) bei 0,07 % (1 nicht befürwortet: 0,01 %);
- ZE-Mängelgutachten (131) bei 0,14 % (34 x Mängel festgestellt: 0,04 %).

Die Tatsache, dass somit rund 99 % der geplanten bzw. durchgeführten ZE- und PAR-Fälle unbeanstandet blieben, belegt die hohe Planungs- und Behandlungs-Kompetenz der Vertragszahnärztinnen und Vertragszahnärzte im Lande Bremen.

Die starken Schwankungen bei Zahnfilmen zu PAR-Plänen und bei ZE-Mängelgutachten erklären sich aus der sehr geringen absoluten der entsprechenden Gutachten. Bei Zahnfilmen zu ZE-Planungsgutachten hat sich der nicht auswertbare Anteil im Vergleich zum ersten Erhebungsjahr 2002 deutlich verringert:



Eine ähnlich positive Entwicklung ist für den Anteil der nicht auswertbaren OPGs⁹ bei ZE-Planungsgutachten festzustellen, der seit 2011 wieder rückläufig ist auf 0,7 % in 2013 bzw. 1,0 % in 2014. Zu Beginn des „Tübinger Modells“ in 2002 lag der Anteil noch bei über 7 %:



Die starken Schwankungen bei ZE-Mängelgutachten und insbesondere bei PAR resultieren wiederum aus der geringen absoluten Zahl dieser Gutachten.

⁹ OPG: Orthopantomogramm, auch „Panoramascichtaufnahme“ genannt.

5.2.2 Tübinger Modell KFO

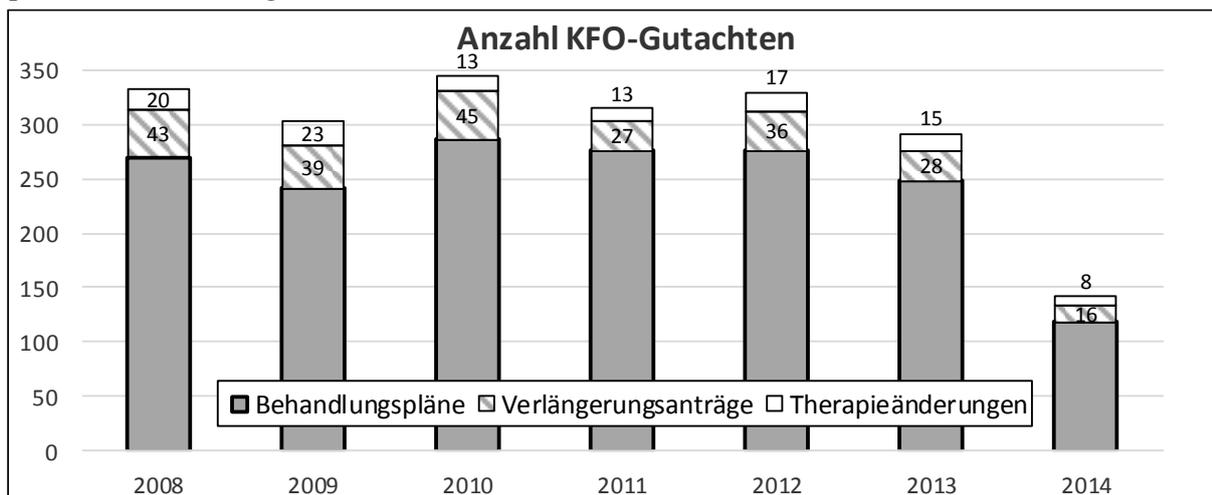
Aufgrund der positiven Erfahrungen hatte der Vorstand der KZV Bremen beschlossen, das „Tübinger Modell“ mit Wirkung ab dem 01.01.2006 um den Bereich KFO zu erweitern.

Besonders in der kieferorthopädischen Behandlung ist die voraussetzungsorientierte Qualitätssicherung von großer Tragweite, da mit der Planung wesentliche Entscheidungen für eine meist drei- bis vierjährige Behandlung eingeleitet werden. Bei einer Fehlplanung bzw. -behandlung würde kostbare Entwicklungszeit unwiederbringlich verloren gehen.

In Vorbereitung dieser Erweiterung wurden die kieferorthopädischen Gutachter bereits früh in den Entwicklungsprozess zur Erweiterung des „Tübinger Modells“ einbezogen. Unter Federführung des Vorstandsvorsitzenden und des KFO-Referenten des Vorstandes wurden die Vorschläge und Anregungen der KFO-Gutachter aufgenommen, geprüft und so weit als möglich vorab in das „Tübinger Modell KFO“ eingearbeitet.

Der „Tübinger Modell KFO“-Ausfüllbogen erfasst die Qualität wesentlicher Voraussetzungen einer erfolgreichen kieferorthopädischen Behandlung.¹⁰

Trotz der vergleichsweise geringen Zahl von Kieferorthopäden bzw. nur kieferorthopädisch tätigen Zahnärzten im Lande Bremen (Stand 30.09.2015: 32 in 19 Praxen; incl. angestellter Zahnärzte bzw. Kieferorthopäden) ist für das „Tübinger Modell KFO“ eine ausreichende empirische Basis verfügbar:

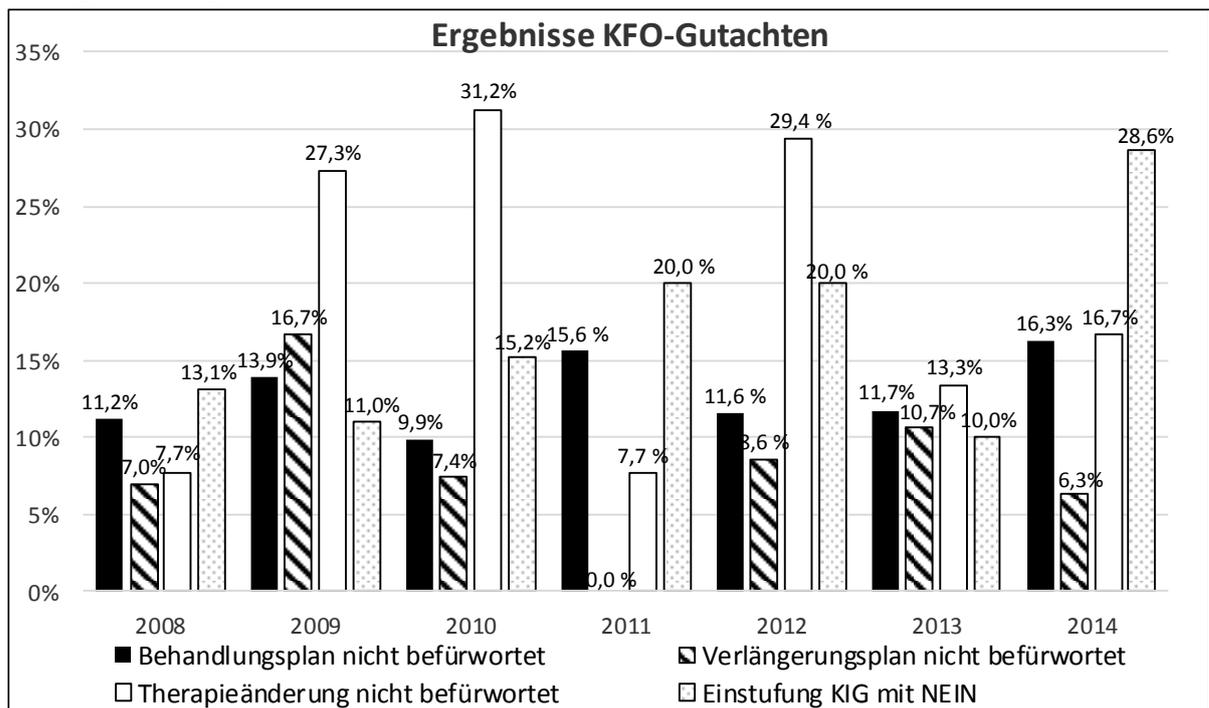


Die auf Basis der erfassten Planungsgutachten – ebenso wie im PAR-Bereich gibt es für KFO keine Mängelbegutachtung – mit dem „Tübinger Modell KFO“ vorgenommenen Auswertungen ergaben hinsichtlich der Fälle, in denen zu einem oder mehreren Aspekten der Planung noch Verbesserungsbedarf besteht, überwiegend Werte im niedrigen einstelligen Prozentbereich.

Trotz des seit Beginn des „Tübinger Modells KFO“ bereits bestehenden sehr hohen Qualitätsniveaus konnten seitdem zum Teil noch weitere Verbesserungen erreicht werden.

¹⁰ Bei Nachbegutachtungen und Obergutachten wird nicht erneut ein „Tübinger Modell“-Bogen ausgefüllt. Bei Begutachtungen von KFO-Behandlungen Bremer Versicherter durch auswärtige Zahnärzte entfällt der „Tübinger Modell“-Bogen. Die Zahl der nachfolgend aufgeführten „Tübinger Modell“-Fälle ist deshalb etwas geringer als die Zahl der KFO-Gutachten.

Die im „Tübinger Modell“ erfassten KFO-Gutachten im Lande Bremen führten im Einzelnen zu folgenden Ergebnissen:¹¹



Die starken Schwankungen bei den nicht befürworteten Verlängerungsplänen und den Therapieänderungen ergeben sich vorrangig daraus, dass im Lande Bremen pro Monat nur jeweils 1-3 diesbezügliche Gutachten anfallen.

In Bezug auf die insgesamt von kieferorthopädisch tätigen Praxen im Lande Bremen über die KZV Bremen in 2014 abgerechneten rund 69.000 KFO-Fälle ergeben sich folgende prozentuale Anteile:

- Behandlungsplan nicht befürwortet: 16 = 0,023 %;
- Verlängerungsplan nicht befürwortet: 1 = 0,001 %;
- Therapieänderung nicht befürwortet: 1 = 0,001 %.

Zu den im Rahmen von Begutachtungen geprüften Kriterien ist hier insbesondere der konstant geringe Anteil nicht auswertbarer OPGs und Modelle positiv festzuhalten. Der Anteil nicht vollständiger Anamnesen liegt seit 2012 konstant unter 1 %. Auch der Anteil nicht vollständiger Diagnosen ist weiter zurückgegangen:

¹¹ „KIG Nein“ = KIG-Einstufung erfolgte nicht bzw. nicht korrekt.

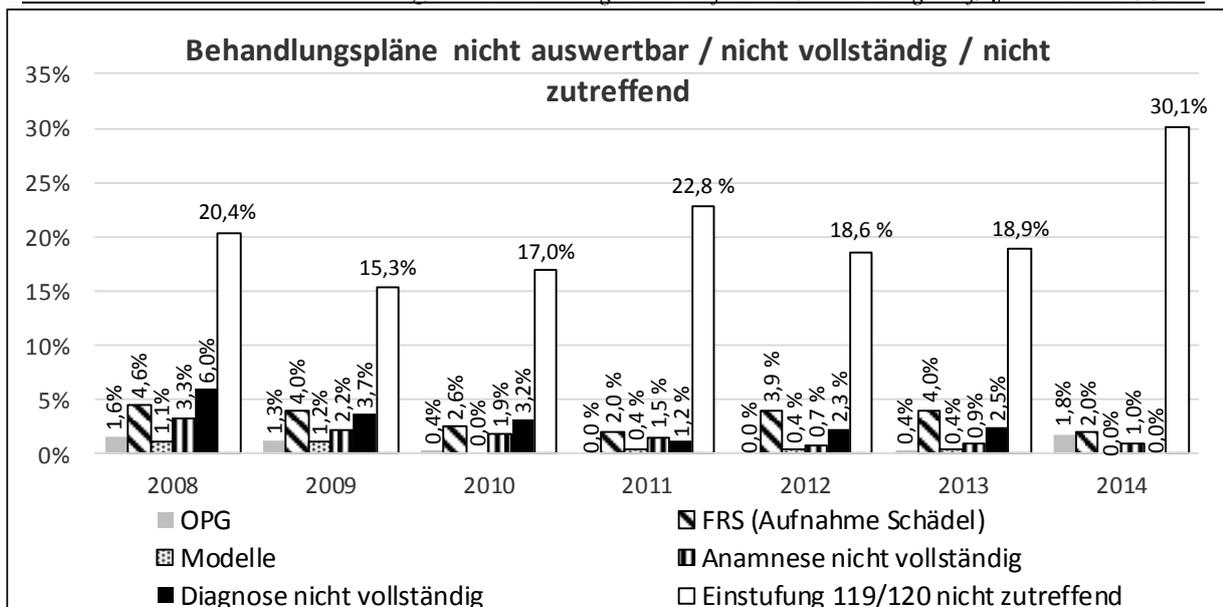
KIG - Erläuterungen zu den Behandlungsbedarfsgraden 1-2 und 3-5

Grad 1 und 2: Eine Behandlung wird als Privatleistung durchgeführt, weil ...

- 1 eine leichte Zahnfehlstellung vorliegt, die aus ästhetischen Gründen zwar behandelt werden kann, deren Behandlung allerdings nur als Privatleistung angeboten wird.
- 2 eine Zahnfehlstellung vorliegt, die aus medizinischen Gründen eine Korrektur erforderlich macht, deren Behandlungskosten jedoch wegen des geringeren Ausprägungsgrades der Zahn- und/oder Kieferfehlstellung nicht von der gesetzlichen Krankenkasse übernommen wird.

Grad 3 bis 5: Eine Behandlung wird zu Lasten der gesetzlichen Krankenkasse durchgeführt, weil ...

- 3 eine ausgeprägte Zahn- und/oder Kieferfehlstellung vorliegt, die aus medizinischen Gründen eine Behandlung erforderlich macht.
- 4 eine stark ausgeprägte Zahn- und/oder Kieferfehlstellung vorliegt, die aus medizinischen Gründen dringend eine Behandlung erforderlich macht.
- 5 eine extrem stark ausgeprägte Zahn- und/oder Kieferfehlstellung vorliegt, die aus medizinischen Gründen unbedingt eine Behandlung erforderlich macht.



Handlungsbedarf besteht weiterhin hinsichtlich der vergleichsweise hohen Werte für nicht zutreffende Einstufungen nach 119 / 120¹². Hierbei handelt es sich jedoch ausschließlich um eine abrechnungstechnische Einstufung, die für die zahnmedizinischen Aspekte einer kieferorthopädischen Behandlungen ohne Belang ist.

Die nächste „Tübinger Modell“-Auswertung erfolgt Anfang/Mitte 2016.

¹² Kieferumformung und zur Einstellung des Unterkiefers in den Regelbiss (Einstufung 119 / 120)

119: Maßnahmen zur Umformung eines Kiefers einschließlich Retention

- | | |
|---------------------------------|---|
| a) einfach durchführbarer Art | b) mittelschwer durchführbarer Art |
| c) schwierig durchführbarer Art | d) besonders schwierig durchführbarer Art |

120: Maßnahmen zur Einstellung des Unterkiefers in den Regelbiss in sagittaler oder lateraler Richtung einschließlich Retention

- | | |
|---------------------------------|---|
| a) einfach durchführbarer Art | b) mittelschwer durchführbarer Art |
| c) schwierig durchführbarer Art | d) besonders schwierig durchführbarer Art |

Entsprechend der Schwierigkeit der Maßnahmen zur Umformung eines Kiefers und zur Einstellung des Unterkiefers in den Regelbiss sind die Bema-Nrn. 119 und 120 aufgeteilt in die Schwierigkeitsgrade a bis d. Die Zuordnung zu den Buchstaben a bis d erfolgt nach einem vorgegebenen Bewertungssystem. Da sich die Vergütung nach Nr. 119 auf die Umformung eines Kiefers bezieht, diese Ziffer somit bei Maßnahmen zur Umformung sowohl des Ober- als auch des Unterkiefers zweimal abgerechnet wird, muss auch die Zuordnung in den Schwierigkeitsgrad getrennt für Ober- und Unterkiefer vorgenommen werden. Die Maßnahmen zur Einstellung des Unterkiefers in den Regelbiss lösen die Abrechnung von einmal Nr. 120 aus; die Schwierigkeitsgrad-Ermittlung ist somit einmal vorzunehmen.

6. Qualitätsmanagement / Qualitätssicherung

Qualitätsmanagement und Qualitätssicherung sind im SGB V definiert (im Wesentlichen §§ 135a und 137; → Kapitel 1) und somit durch die KZV zwingend umzusetzen. Gemäß § 135a SGB V ist zu unterscheiden zwischen

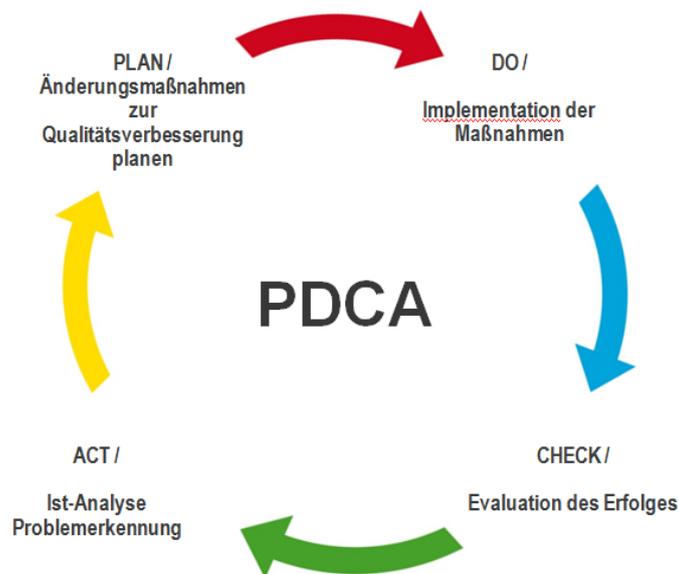
- einrichtungsinternem Qualitätsmanagement (→ 6.1) und
- einrichtungsübergreifender Qualitätssicherung (→ 6.2).

Der Gesetzgeber strebt mit diesen Vorgaben vorrangig eine Kontrolle von Ergebnissen an („Ergebnisqualität“).

6.1 Qualitätsmanagement-Richtlinie

Grundlage für eine wirksame Qualitätsförderung und Qualitätssicherung ist ein effektives einrichtungsinternes Qualitätsmanagement (QM). Dieses dient der kontinuierlichen Sicherung und Verbesserung der Patientenversorgung und der Praxisorganisation. Qualitätsmanagement muss dazu individuell auf die spezifischen und aktuellen Gegebenheiten und Bedürfnisse der Patienten, der Praxisleitung und der Praxismitarbeiter bezogen und für sie nützlich hilfreich sowie unbürokratisch sein. Dann trägt es wesentlich dazu bei, die Zufriedenheit der am Prozess beteiligten – insbesondere der Patienten – zu erhöhen.

Die Ziele des QM werden erreicht, indem der IST-Zustand analysiert wird, ggf. Änderungen geplant, implementiert und in geeigneten Zeitabständen überprüft werden. Diese Schritte liegen beim zahnärztlichen QM jeder qualitätsfördernden Maßnahme zugrunde und werden als „Qualitätskreislauf“ (Plan-Do-Check-Act – „PDCA“-Zyklus) beschrieben:



Grundelemente eines einrichtungsinternen QM sind:

- Erhebung und Bewertung des IST-Zustandes,
- Definition von Zielen,
- Beschreibung von Prozessen und Verantwortlichkeiten,
- Ausbildung und Anleitung aller Beteiligten,
- Durchführung von Änderungsmaßnahmen,
- erneute Erhebung des IST-Zustandes,
- praxisinterne Rückmeldung über die Wirksamkeit von QM-Maßnahmen.

Am 31.12.2006 trat die am 17.11.2006 durch den Gemeinsamen Bundesausschuss beschlossene Richtlinie für die vertragszahnärztliche Versorgung zum Qualitätsmanagement gemäß §§ 135a Abs. 2 Ziffer 2 und § 137 SGB V mit folgender Zielsetzung in Kraft:

„Die Einführung und Weiterentwicklung eines einrichtungsinternen Qualitätsmanagements dient der kontinuierlichen Sicherung und Verbesserung der Patientenversorgung und der Praxisorganisation. Insbesondere soll die Ausrichtung der Praxisabläufe an gesetzlichen und vertraglichen Grundlagen unterstützt werden. Qualitätsmanagement muss für Praxisleitung und Praxismitarbeiter sowie für die Patienten nützlich, hilfreich und unbürokratisch sein. Zusätzlich soll Qualitätsmanagement dazu beitragen, die Zufriedenheit der am Prozess Beteiligten, insbesondere der Patienten zu erhöhen.

Die Ziele des Qualitätsmanagements werden erreicht, indem der Ist-Zustand analysiert wird, gegebenenfalls Änderungsmaßnahmen geplant, implementiert und in geeigneten Zeitabständen überprüft werden. Diese Schritte liegen jeder qualitätsfördernden Maßnahme zugrunde und werden als Qualitätskreislauf beschrieben.“

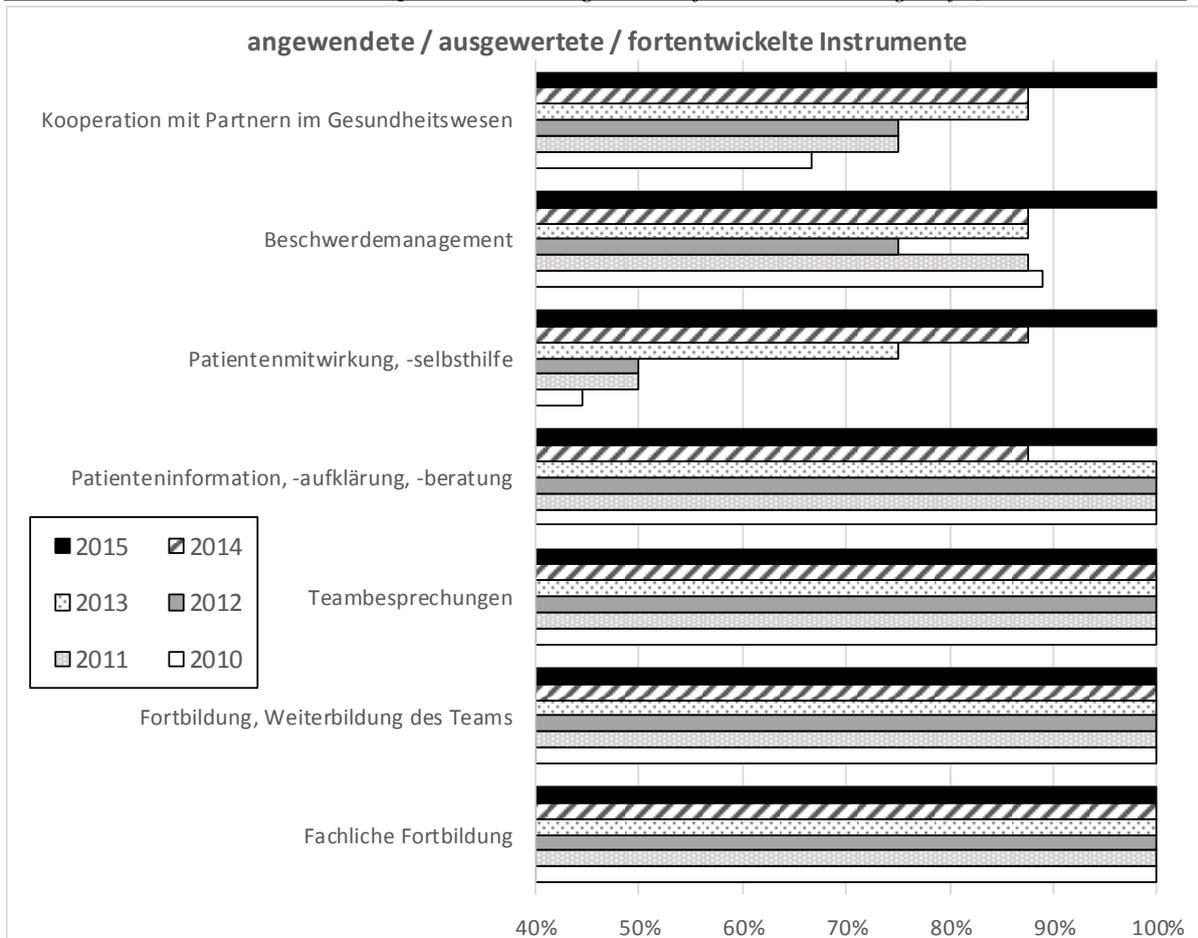
Mit dieser Richtlinie wurde von den Partnern im Gemeinsamen Bundesausschuss der Tatsache Rechnung getragen, dass zahnärztliche Praxen in der Regel bereits über sehr hohe Qualitätsstandards verfügen. Die meisten der oben genannten Maßnahmen sind in der überwiegenden Mehrzahl der Praxen schon lange selbstverständlich.

Die Richtlinie wurde mit Beschluss vom 08.04.2014 aktualisiert. So wurden nun als zusätzliche Instrumente die Verpflichtung zur Durchführung eines einrichtungsinternen Risiko- und Hygienemanagements aufgenommen. Zudem wurden Mindeststandards für das Risikomanagement (→ Kapitel 6.1.1) und das Fehlermeldesystem (→ Kapitel 6.1.2) festgelegt.

Als Instrumente eines einrichtungsinternen QM unter Anwendung der Phasen des Qualitätskreislaufes / „PDCA“-Zyklus sollen genutzt werden:

- für den Bereich Arbeitsprozesse / Praxisorganisation
 - Checklisten für organisatorische Arbeitsabläufe,
 - Praxishandbuch,
 - Risiko- und Fehlermanagement (*Risikomanagement neu ab 2014*); dazu gehören das Erkennen und Nutzen von potentiellen Risiken und unerwünschten Ereignissen zur Einleitung von Verbesserungsprozessen in der Praxis.
 - Notfallmanagement,
 - Hygienemanagement (*neu ab 2014*)
- für den Bereich Diagnose- und Behandlungsprozesse
 - Orientierung am Stand der Wissenschaft gemäß § 2 Abs. 1 SGB V,
 - Koordinierung zwischen zahnärztlichen und zahntechnischen Maßnahmen,
 - fachliche Fortbildung nach § 95d SGB V,
- für den Bereich Mitarbeiterorientierung
 - Fortbildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen,
 - Teambesprechungen,
- für den Bereich Patientenorientierung
 - Patienteninformation, -aufklärung, -beratung,
 - Förderung Patientenmitwirkung, -selbsthilfe,
 - Öffnungszeiten, Erreichbarkeit, Terminvergabe,
 - Beschwerdemanagement,
- Kooperation mit Partnern im Gesundheitswesen.

Grundsätzlich müssen die Zielsetzungen und Instrumente des QM regelmäßig auf ihre Effektivität hin überprüft und ggf. weiterentwickelt werden. Eine ständige Prozessreflektion ist unentbehrlich, um den Anforderungen des PDCA-Zyklus gerecht zu werden. Die Zahnärzteschaft stellt sich damit der Herausforderung, das eigene Wissen zu erweitern und in die Versorgung einzubringen.



6.1.1 Risikomanagement

Mit der seit dem 08.04.2014 geltenden Neufassung der QM-Richtlinie sind gemäß § 4 Abs. 2a folgende Mindestanforderungen für das praxisinterne Risikomanagement in Kraft getreten:

- Risikoprofil erstellen (Risiken auf der Grundlage von sektorspezifischen Quellen zu identifizieren und analysieren),
- potentielle Risiken bewerten,
- Risikostrategie festlegen, die alle Beteiligten – auch den Patienten – einbezieht, indem Empfehlungen zur Erkennung/Überwachung, Bewältigung eines potentiellen Risikos formuliert, kommuniziert und
- Verantwortlichkeiten festgelegt werden.

Die Gesamtverantwortung für die Durchführung des Risikomanagements trägt der Praxisinhaber.

6.1.2 Fehlermeldesysteme

In der QM-Richtlinie für die vertragszahnärztliche Versorgung sind in § 4 Abs. 2b die Mindestanforderungen für Fehlermeldesysteme beschrieben.

Ein praxisinternes Fehlermeldesystem muss seit dem 08.04.2014 die folgenden Mindestanforderungen erfüllen:

- einfaches, klar strukturiertes System
- anonyme und sanktionsfreie Berichtsmöglichkeit für alle Praxismitarbeiter
- freiwillige Teilnahme (keine Berichtsverpflichtung)

- Wahrung der Vertraulichkeit und des Datenschutzes
- Auswertung des Ereignisses durch Verantwortlichen
- vertraulicher Umgang mit dem Ergebnis
- zeitnahes Feedback, falls gewünscht
- Möglichkeit des externen Austausches
- Berücksichtigung des Ergebnisses im Rahmen des Risikomanagements
- Dokumentation

6.1.3 CIRSDent

Basierend auf „Jeder Zahn zählt“ (JZZ) wird derzeit „CIRS dent“ (Critical Incident Reporting System) als einrichtungsübergreifendes Berichts- und Lernsystem für zahnärztliche Praxen entwickelt.

Sobald das System in Betrieb geht, erhält jeder Praxisinhaber einen individuell anonymisierten Registrierungsschlüssel, mit dem er sich bei Bedarf erstmalig zu dem System Zugang verschafft. Er vergibt dann selbst ein Passwort, das sonst niemand kennt. Bei weiterer Nutzung loggt sich der Berichtende/Praxisinhaber anonym ein und stellt seinen Bericht in eine nicht öffentlich zugängliche Datenbank ein.

Der Bericht ist zunächst nur einem noch zu berufenden Fachberatungsgremium zugänglich. Die Experten des Gremiums sichten den Bericht und bearbeiten ihn. Sollte im Bericht ein Name oder etwas anderes vermerkt sein, was Rückschlüsse auf den Patienten oder die Praxis zulässt, so wird dies verändert (z.B. aus einem bayerischen Mann wird eine ostfriesische Frau). Die Experten ergänzen den Bericht um Tipps und Lösungsvorschläge, wie dieser Fehler zukünftig vermieden werden könnte.

Dann wird der Bericht in eine weitere Datenbank eingestellt. Diese Datenbank kann von allen Nutzern des CIRS-Systems eingesehen werden, so dass diese, wenn sie der Bericht interessiert, diesen lesen, evtl. selbst kommentieren und im Rahmen des Fehlermanagements der eigenen Praxis daraus lernen und Rückschlüsse für Optimierungen ziehen können.

Der Grundgedanke dabei lautet: „Fehler, die andere schon gemacht haben, muss ich nicht selber auch noch einmal machen“.

6.2 Qualitätssicherungs-Richtlinie

Nach mehrjährigen Verhandlungen verabschiedete der Gemeinsame Bundesausschuss (GBA) am 19.04. bzw. 20.05.2010 die Bundesrichtlinie zur einrichtungsübergreifenden Qualitätssicherung (QS) gemäß § 92 Abs. 1 Satz 2 Nr. 13, § 135a, Abs. 2, Ziffer 1 in Verbindung mit § 137 Abs. 1 Nr. 1 SGB V.

Die QS-Richtlinie sieht stark vereinfacht dargestellt ein Themen-bezogenes „Praxis-Benchmarking“ auf Grundlage von Abrechnungsdaten vor (einschließlich der Daten für Privat-Leistungen). Jede Praxis erhält dann einen Bericht, in dem ihr mitgeteilt wird, wie sie bei dem Benchmarking abgeschnitten hat.

Die Regelung des organisatorischen Ablaufes sowie die Prüfung der Benchmarking-Ergebnisse erfolgt durch eine sog. „Landesarbeitsgemeinschaft“ (LAG). Träger und damit auch stimmberechtigte Mitglieder der LAG sind (paritätisch) die Verbände der Krankenkassen, die Landeskrankenhausesgesellschaft, die KV und die KZV. Stellt die LAG Auffälligkeiten in den erhobenen Daten fest, dann fordert sie die betroffene Praxis zur Stellungnahme auf.

Die QS-Richtlinie gilt für „sektorübergreifende“ Behandlungen (z.B. Arzt/Krankenhaus). Damit ist die Zahnheilkunde als vorrangig sektorspezifischer Bereich nicht direkt betroffen.

Die Aufgaben der LAG bzw. der ihr untergeordneten Stellen sind gemäß der Richtlinie u.a. folgende:

- fachliche Auswertung der erhobenen Daten.
- Bewertung der Auffälligkeiten, Feststellung der Notwendigkeit und Einleitung qualitätsverbessernder Maßnahmen.
- Erstellung und Übermittlung von Qualitätssicherungsergebnisberichten.
- Information und Beratung der Leistungserbringerinnen und Leistungserbringer.
- laienverständliche Information der Öffentlichkeit über die Ergebnisse der Maßnahmen der Qualitätssicherung in ihrem Zuständigkeitsbereich sowie deren barrierefreie Darstellung im Internet nach Maßgabe der von der Institution nach § 137a SGB V aufgestellten einheitlichen Grundsätze.

Die Qualitätssicherungs-Richtlinie sieht für die Organisation, die Besetzung sowie die Finanzierung der LAG folgende bindende Regelungen vor:

- „Die LAG trifft ihre Entscheidungen durch ein Lenkungsgremium. Die Organisationen sind im Lenkungsgremium stimmberechtigt.“
- „Das Lenkungsgremium ist paritätisch besetzt mit Vertreterinnen und Vertretern der Landesverbände der Krankenkassen und der Ersatzkassen einerseits und Vertreterinnen und Vertretern der (...) Organisationen der Leistungserbringerinnen und der Leistungserbringer (KV, KZV Landeskrankenhausgesellschaft/LKG) andererseits.“
- „Der Verband der Privaten Krankenversicherung, die jeweiligen Landesärztekammern, sowie die Organisationen der Pflegeberufe auf Landesebene werden von der LAG beteiligt. Zusätzlich erfolgt eine Beteiligung der Landeszahnärztekammern und/oder der Landespsychotherapeutenkammern, soweit deren Belange in der Qualitätssicherung thematisch berührt sind.“
- „Die Finanzierung der LAG für die Durchführung der landesbezogenen Verfahren wird in einem Vertrag der Landesverbände der Krankenkassen und der Ersatzkassen mit der KV, KZV und LKG geregelt.“

Die LAG-Mitglieder im Lande Bremen

- Kassenärztliche Vereinigung Bremen,
- Kassenzahnärztliche Vereinigung Bremen,
- Krankenhausgesellschaft der Freien Hansestadt Bremen e. V.,
- AOK Bremen/Bremerhaven,
- BKK Landesverband Mitte, zugleich für die Knappschaft – Regionaldirektion Hamburg,
- der IKK gesund plus, handelnd als Landesverband für das Land Bremen, zugleich für die Krankenkasse für den Gartenbau, handelnd als Landesverband für die Landwirtschaftliche Krankenversicherung im Land Bremen,
- und die Ersatzkassen
 - BARMER GEK
 - Techniker Krankenkasse (TK)
 - DAK-Gesundheit (Ersatzkasse)
 - KKH – Kaufmännische Krankenkasse
 - HEK - Hanseatische Krankenkasse
 - hkk

gemeinsamer Bevollmächtigter mit Abschlussbefugnis: Verband der Ersatzkassen e. V. (vdek), vertreten durch den Leiter der vdek-Landesvertretung Bremen

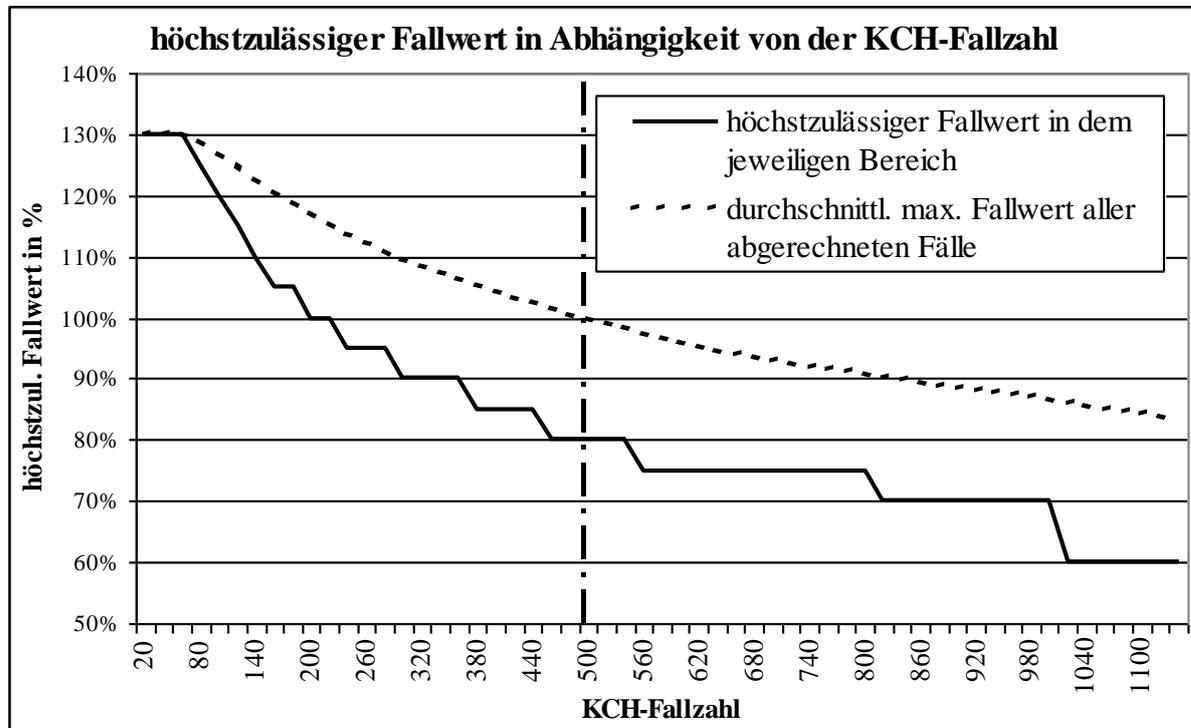
haben am 23.03.2011 die Verhandlungen über einen „Vertrag zur Umsetzung der einrichtungs- und sektorenübergreifenden Qualitätssicherung im Bundesland Bremen“ aufgenommen.

Wesentlicher Inhalt dieses Vertrages ist die Organisation und Finanzierung der Vorgaben zur Qualitätssicherung. In den Verhandlungen sind derzeit im Wesentlichen noch der Sitz der Geschäftsstelle sowie die Finanzierung strittig.

Die KZV Bremen nimmt in diesen Verhandlungen eine vorrangig beobachtende Position ein, da der GBA bisher noch keine themenspezifischen Bestimmungen zu vertragszahnärztlichen Leistungen beschlossen hat. Dies liegt insbesondere darin begründet, dass im vertragszahnärztlichen Bereich Leistungen nur im seltenen Ausnahmefall sektorübergreifend erbracht werden. Eine Kombination von ambulanten und stationären Behandlungen ergibt sich i.d.R. ausschließlich im MKG-Bereich, z.B. bei der Behandlung und Nachsorge von Tumor-Erkrankungen im Mundraum.

7. Honorarverteilungsmaßstab (HVM)

Seit 2003 gilt im Bereich der KZV Bremen ein Fallzahl-/Fallwert-bezogener HVM. Danach ergibt sich das jeweilige individuelle „HVM-Praxisbudget“ pro Quartal aus der Multiplikation der für ein Quartal je Vertragszahnarzt aktuell abgerechneten KCH-Fallzahl mit dem jeweiligen höchstzulässigen Fallwert. Dieser Fallwert ist umso niedriger, je höher die abgerechnete KCH-Fallzahl je Vertragszahnarzt pro Quartal ist. D.h. Praxen mit geringen KCH-Fallzahlen erhalten je Fall eine höhere Vergütungsobergrenze als Praxen mit hohen Fallzahlen:



Für die ersten 220 Fälle gilt ein höchstzulässiger Fallwert von mehr als 100 %. Ab dem 221. Fall sinkt der höchstzulässige Fallwert auf unter 100 % ab. Aus diesen Abstufungen ergibt sich bei einer KCH-Fallzahl von 500 ein durchschnittlicher höchstzulässiger Fallwert über alle abgerechneten Fälle von 100 % des festgelegten höchstzulässigen Fallwertes je Leistungsart (siehe auch vorstehende Grafik). Ist die abgerechnete KCH-Fallzahl größer als 500, sinkt der durchschnittliche höchstzulässige Fallwert über alle abgerechneten Fälle unter 100 % ab.

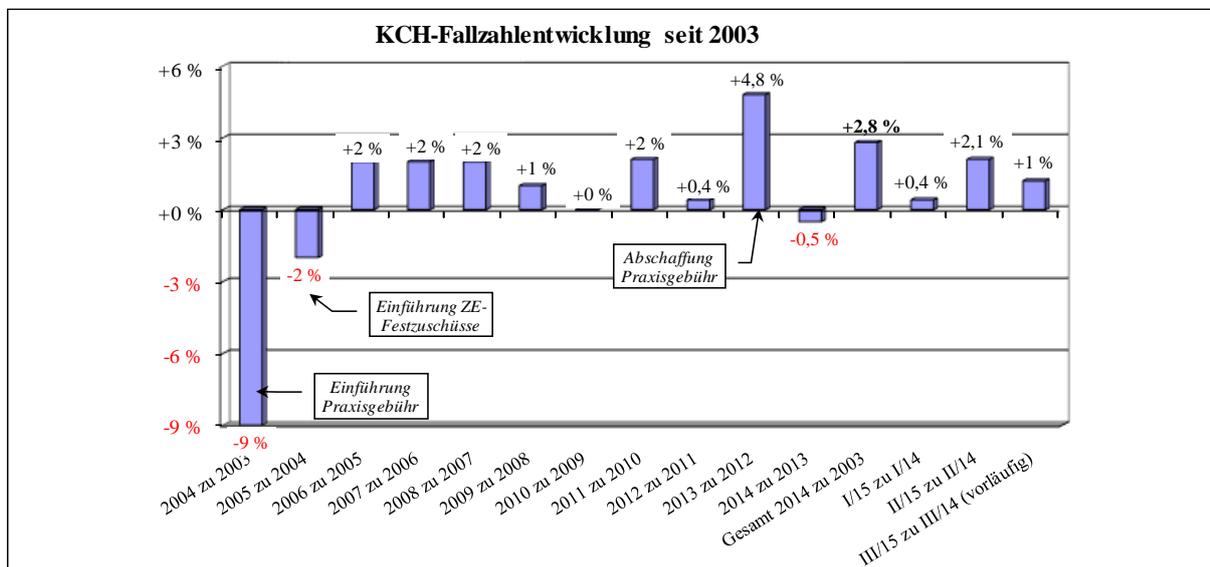
Höhere höchstzulässige Fallwerte für die ersten Behandlungsfälle des Quartals gewährleisten die flächendeckende Versorgung der gesetzlich krankenversicherten Patienten mit vertragszahnärztlichen Leistungen, weil sie auch kleineren vertragszahnärztlichen Praxen die kostendeckende Versorgung der Patienten gestattet.

Seit Einführung der Fallzahl-/Fallwert-bezogenen HVM-Systematik wird zusätzlich der Anteil von „Fall-Überschneidungen“ in Praxisgemeinschaften geprüft.¹³ Damit soll vermieden werden, dass Praxisgemeinschaften durch eine „künstliche“ Erhöhung ihrer Fallzahl ihr HVM-Praxisbudget zu Lasten aller anderen Mitglieder der KZV Bremen vergrößern. Gemäß des HVM ist ein Überschneidungsanteil von 15 % der Gesamtfallzahl zulässig. Ausgegangen wurde hierbei von einer insgesamt pro Jahr ca. 6wöchigen gegenseitigen Vertretung im Urlaubs- oder Krankheitsfall. Wird der Grenzwert von 15 % überschritten, dann bleiben die darüber liegenden Fallzahlen für die Berechnung der Höhe des HVM-Praxisbudgets unberücksichtigt.

¹³ Seit 2011 sind „Fall-Überschneidungen“ in Praxisgemeinschaften ein Prüfkriterium in der Plausibilitätsprüfung gemäß § 106a SGB V.

Nach mittlerweile über 10 Jahren ohne grundsätzliche Änderungen hat der HVM der KZV Bremen eine Kontinuität gewonnen, die den Praxen die Möglichkeit gegeben hat, ihre Behandlungsausrichtungen an die o.g. Vorgaben aus dem HVM anzupassen. Die Kritik der Zahnärzteschaft an den ebenso leistungs- wie qualitäts-feindlichen Eingriffen des Gesetzgebers in die zahnärztliche Vergütung gilt dennoch weiterhin. Unabhängig von der „Lockerung“ der gesamtvertraglichen Vergütungsbegrenzungen durch das GKV-Versorgungsstrukturgesetz (→ Kapitel 2.) hat gemäß § 85 Abs. 4 SGB V „der Verteilungsmaßstab (...) sicherzustellen, dass die Gesamtvergütungen gleichmäßig auf das gesamte Jahr verteilt werden. Der Verteilungsmaßstab hat Regelungen zur Verhinderung einer übermäßigen Ausdehnung der Tätigkeit des Vertragszahnarztes entsprechend seinem Versorgungsauftrag nach § 95 Absatz 3 Satz 1 vorzusehen.“

Außer durch gesetzliche Eingriffe (z.B. Praxisgebühr in 2004, ZE-Festzuschüsse in 2005) ist es nicht zu wesentlichen, nachhaltigen Veränderungen in den Fallzahlen gekommen. So stieg zuletzt mit Abschaffung der Praxisgebühr zum 01.01.2013 die KCH-Fallzahl in 2013 um knapp 5 % an, um im Folgejahr wieder leicht zurückzugehen. Seit 2015 normalisierte sich die Fallzahlentwicklung wieder mit einem Fallzahlzuwachs zwischen 1 % bis 2 %:¹⁴



Ein Anstieg der Zahl der KCH-Behandlungsfälle ist durch den Gesetzgeber grundsätzlich gewollt, indem z.B. die Höhe Bonusgewährung bei den ZE-Festzuschüssen von einer regelmäßigen Teilnahme der Versicherten an Vorsorgeterminen abhängig ist.

Zudem führt die in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich verbesserte zahnärztliche Versorgung dazu, dass zunehmend Menschen auch noch in hohem Alter über einen Großteil ihrer natürlichen Zähne verfügen und deshalb länger und häufiger zahnärztliche Untersuchungen in Anspruch nehmen, als dies z.B. bei einer frühzeitigen Versorgung mit einer Total-Prothese der Fall wäre.

¹⁴ Endgültige Werte für das Jahr 2015 liegen erst nach Abschluss des Quartals IV/2015 Anfang April 2016 vor.

8. ergänzende Maßnahmen

8.1 interne Maßnahmen der KZV Bremen

Ausgehend von den regelmäßigen statistischen HVM-Auswertungen wurden bereits vor einigen Jahren verschiedene „Hitlisten“ entwickelt, mit denen zielgerichtet ungewöhnliche Entwicklungen festgestellt werden können.

Bereits vor der Einführung des Fallzahl-bezogenen HVM wurden u.a. PAR- und KBR-„Hitlisten“ erstellt. Grund hierfür war der kontinuierlich stark ansteigende Anteil der PAR- und KBR-Umsätze an der Gesamtvergütung. Mit diesen Listen wurde ausgewertet, welche Praxen einen überdurchschnittlich hohen Anteil ihres KZV-Umsatzes durch PAR- und/oder KBR-Leistungen erzielten. Dabei wurde nicht die absolute Höhe der PAR-/ KBR-Umsätze betrachtet, sondern praxisindividuell der Anteil am Gesamt-Praxisumsatz sowie die Relation der PAR- bzw. KBR-Fallzahl zur KCH-Fallzahl. Die Intention dieser Hitlisten war nicht eine Kontrolle dieser Praxen, sondern eine kollegiale Erörterung der Hintergründe der Leistungserbringung.

In den meisten Erörterungen legten die Praxisinhaber zum Teil Einzelfall-bezogen, zum Teil grundsätzlich die medizinische Indikation ihrer PAR- bzw. KBR-Fälle dar. Im Gegenzug bot dieser Austausch dem Vorstand die Möglichkeit, auf geänderte Abrechnungsrahmenbedingungen hinzuweisen oder in grundsätzliche Erörterungen über die vertragszahnärztliche Parodontal-Behandlung bzw. Schienungs-Therapien einzutreten.

Die Informationen, die der Vorstand auf diese Weise erhielt, konnten zum Teil in Vergütungsverhandlungen mit den Krankenkassen genutzt werden, wenn es um die Erörterung der Ausgabensteigerungen der Krankenkassen für diese Leistungsarten ging.

Insbesondere hinsichtlich der PAR-Behandlungen steht die KZV in einem Spannungsfeld. Einerseits ist der stark gestiegene Bedarf an PAR-Behandlungen zahnmedizinisch völlig unumstritten. Andererseits ist die KZV mit § 85 Abs. 4 SGB V auch künftig verpflichtet, mittels des Honorarverteilungsmaßstabes (→ Kapitel 7) „eine übermäßige Ausdehnung der Tätigkeit des Vertragszahnarztes“ zu verhindern. Einmal mehr wird hier durch gesetzliche Vorgaben monetären Aspekten ein Vorrang gegenüber dem zahnmedizinischen Behandlungsbedarf der Patienten eingeräumt.

Parallel mit der Einführung des Fallzahl-bezogenen HVM wurden in 2003 die sogenannten „HVM-Hitlisten“ eingeführt, die seitdem quartalsweise erstellt werden. Ziel dieser Maßnahme ist die praxisindividuelle Beobachtung der Fallzahl-Entwicklung – jeweils im Vergleich zum Vorjahreszeitraum – zur Feststellung nicht nachvollziehbarer Fallzahlsteigerungen, die ggf. mit einer Verminderung der Qualität der erbrachten Leistungen einhergehen könnten.

Eine der wesentlichen Erkenntnisse aus diesen „HVM-Hitlisten“ ist, dass zumindest länger bestehende Praxen ihre Fallzahl nicht dauerhaft wesentlich steigern können. Zwar war in Einzelfällen z.B. durch den erstmaligen Einsatz eines Recall-Systems ein kurzfristiger Anstieg der Fallzahl zu beobachten. Zumeist nutzten sich derartige Instrumente zur Fallzahlsteigerung aber schnell ab, so dass in der Regel spätestens zwei Quartale später ein Rückgang der Fallzahl auf das vorherige Niveau zu beobachten war.

Kam es aber ohne ersichtlichen Hintergrund zu einer ebenso erheblichen wie dauerhaften Fallzahl-Steigerung, so erfolgte eine detaillierte Einzelfall-Prüfung. In einem Fall ergab diese Einzelfall-Prüfung, dass die Fallzahl-Steigerung auf nicht zulässige Maßnahmen der Praxis zurückzuführen war. Im Rahmen der internen Qualitätssicherung kam somit ein Fall von Falschabrechnung zu Tage, der für die betroffene Praxis schwerwiegende Konsequenzen hatte.

Ein weiterer Fall, in dem eine erhebliche Fallzahlsteigerung ggf. auf die Anwendung unzulässiger Maßnahmen zurückzuführen ist, befindet sich derzeit in der Prüfung.

Für neu niedergelassene KZV-Mitglieder finden gemeinsam von Kammer und KZV veranstaltete Begrüßungsgespräche statt – zuletzt am 17.09.2015. In diesen Gesprächen wird den Neu-Niedergelassenen insbesondere vermittelt, welchen Rahmenbedingungen und Pflichten sie im Rahmen ihrer Tätigkeit unterliegen. Diese Gespräche sind grundsätzlich mit den bis Mitte der 90er Jahre verpflichtend stattfindenden „Einführungs-Lehrgängen“ für Niederlassungswillige vergleichbar.

Der Bedarf für klassische Informationsveranstaltungen für Neu-Niedergelassene ist jedoch stark rückläufig, da die Zahl der Anträge auf Genehmigung zur Beschäftigung angestellter Zahnärzte mittlerweile weit höher ist als die Zahl der Anträge auf Zulassung.

Die KZV Bremen wird neue Informations-Angebote für diese stetig wachsende Gruppe von Mitgliedern entwickeln.

8.2 Plausibilitätsprüfung nach § 106a SGB V

Am 01.07.2008 trat die Bundes-Richtlinie zu Plausibilitätsprüfung gemäß § 106a SGB V in Kraft. Wesentliche Prüf-Inhalte der Vereinbarung über die Plausibilitätsprüfung sind gemäß der Bundesrichtlinie:

- ungewöhnliche Fallzahlsteigerungen;
- ungewöhnlich häufige gegenseitige Überweisungstätigkeit;
- ungewöhnlich häufiges Abrechnen über das Ersatzverfahren;
- erhöhte Fallidentität bei KZV-bezirksübergreifenden Zweigpraxen im Sinne des § 24 Abs. 3 Satz 3 Zulassungsverordnung-Zahnärzte;
- ungewöhnlich häufiges und wiederholtes Auftreten von Auffälligkeiten im Rahmen der sachlich-rechnerischen Prüfung.

Die KZV Bremen hatte den Krankenkassen-Verbänden bereits in 2008 zeitnah den Entwurf einer Vereinbarung zur regionalen Umsetzung dieser Richtlinie übermittelt. Obwohl mit den Verbänden der Krankenkassen damals schnell eine weitgehende Einigung über die Inhalte einer Vereinbarung zur Plausibilitätsprüfung erzielt wurde, stellten die Verbände kurz darauf die weitere Arbeit an der Vereinbarung ein. Erst in 2011 erfolgte nach stetigen Nachfragen der KZV Bremen eine Wieder-Aufnahme der Gespräche, die mit dem Abschluss der „Vereinbarung über die Durchführung der sachlich/rechnerischen Prüfung der Abrechnung und der Plausibilitätsprüfung nach § 106a SGB V“ vom 20.06.2011 beendet wurden. Die Vereinbarung trat mit Wirkung ab 01.07.2011 in Kraft und fand erstmals Anwendung für die Abrechnungen aus dem Quartal III/2011.

Die bisher durchgeführten Plausibilitätsprüfungen führten zusammen gefasst zu folgenden Ergebnissen, die jeweils vereinbarungsgemäß in anonymisierter Form den Verbänden der Krankenkassen quartalsweise zur Verfügung gestellt werden:

- Ungewöhnliche Fallzahlsteigerungen treten i.d.R. nur in Praxen mit stark unterdurchschnittlichen Fallzahlen bzw. in Neugründer-Praxen auf. In den übrigen Fällen standen Fallzahlsteigerungen in direktem Zusammenhang z.B. mit der erstmaligen Beschäftigung eines angestellten Zahnarztes oder mit der Verlegung des Praxissitzes.
- Insbesondere im vierten Quartal 2011 und im ersten Quartal 2012 wiesen einige Praxen einen ungewöhnlich hohen Anteil von Fällen auf, die im Ersatzverfahren abgerechnet wurde. Dies war darauf zurück zu führen, dass an den neuen eGK-Lesegeräten technische Probleme auftraten.
- Einzelne Praxen wiesen ab Anfang 2015 einen überdurchschnittlich hohen Anteil von Fällen auf, die im Ersatzverfahren abgerechnet wurde. Dies war darauf zurück zu führen, dass diese Praxen in direkter Nähe von Flüchtlingseinrichtungen liegen und zahlreiche

Bewohner dieser Einrichtungen noch nicht über eine eGK der AOK Bremen/Bremerhaven nach dem sog. „Bremer Modell“, sondern nur über einen Anspruchsberechtigungsbescheid in Papierform verfügen.

In einem Fall wurde im Rahmen der Plausibilitätsprüfung ein fortgesetzter Verstoß gegen Abrechnungsbestimmungen festgestellt. Da es sich hierbei nicht um einen Vorgang handelte, der unter die Regelungen nach § 106a SGB V bzw. die Vereinbarung zur Plausibilitätsprüfung fällt, stellte der Vorstand einen Antrag auf Einleitung eines Disziplinarverfahrens. Der Disziplinarausschuss verfügte ein Ruhen der Zulassung für zwei Quartale. Die Klage des Beschuldigten gegen diesen Beschluss vor dem Sozialgericht blieb ohne Erfolg.

Nachdem der Beschuldigte seine Tätigkeit wieder aufgenommen hatte, wurden in seiner ersten Quartalsabrechnung erneut Unplausibilitäten festgestellt. Die nähere Prüfung ergab, dass von dieser Einzelpraxis lt. der zur Abrechnung eingereichten Behandlungsdaten an mehreren Tagen angeblich jeweils über 60 KCH-Behandlungsfälle pro Tag erbracht worden waren. Das nachfolgende, durch den Vorstand beantragte Disziplinarverfahren ergab die Anordnung auf Ruhen der Zulassung für drei Quartale. Die Frist für eine Klage gegen diesen Beschluss des Disziplinarausschusses läuft zum 30.12.2015 ab. Sofern bis zu diesem Termin keine Klage eingereicht wird, ruht die Zulassung ab dem 01.01.2016.

In einem weiteren Fall ergab die Plausibilitätsprüfung Auffälligkeiten, die sich im Zuge der weiteren Detail-Prüfung durch die KZV Bremen noch verstärkten. Da allein aus den Abrechnungsdaten, die der KZV Bremen vorliegen, keine abschließende Beweisführung hinsichtlich unzulässiger Abrechnungen möglich war, wurde der Vorgang gemeinsam mit der GKV-Prüfgruppe der Krankenkassen zur Anzeige bei der Staatsanwaltschaft gebracht.

Die vorstehend genannten Prüf-Kriterien in der Plausibilitätsprüfung kamen in der KZV Bremen überwiegend bereits vor Inkrafttreten der Richtlinie intern zur Anwendung. So erfolgte bereits seit Einführung des Fallzahl-/Fallwert-bezogenen HVM 2003 eine regelmäßige Prüfung auf Fall-Überschneidungen in Praxisgemeinschaften (= „ungewöhnlich häufige gegenseitige Überweisungstätigkeit“), um dadurch unzulässige Fallzahl-Steigerungen zu verhindern. Ebenfalls seit 2003 werden quartalsweise „HVM-Hitlisten“ über die Fallzahl-Entwicklung in Praxen erstellt (= „ungewöhnliche Fallzahlsteigerungen“).

Seit jeher wurden Praxen, für die von Krankenkassen immer wieder gleiche oder ähnliche sachlich-rechnerische Berichtigungsanträge gestellt wurden (= „ungewöhnlich häufiges und wiederholtes Auftreten von Auffälligkeiten im Rahmen der sachlich-rechnerischen Prüfung“), zur Einhaltung der gesetzlichen und vertraglichen Abrechnungsbestimmungen angehalten.

Somit wurden von der zahnärztlichen Selbstverwaltung der KZV Bremen bereits vielfältige „Plausibilitätsprüfungen“ intern betrieben, bevor der Gesetzgeber dies mit § 106a SGB V überhaupt vorgegeben hatte.

8.3 Wirtschaftlichkeitsprüfung nach § 106 SGB V

Mit Wirkung zum 01.01.2010 trat im Lande Bremen eine neue Prüfvereinbarung in Kraft. Mit dieser Vereinbarung wurde die bis dato geltende „Durchschnittsprüfung“ gemäß § 106 Abs. 3 SGB V grundsätzlich durch eine „Zufälligkeitsprüfung“ gemäß der Bundes-Richtlinie nach § 106 Abs. 2b SGB V abgelöst.

Wesentlicher Inhalt dieser Prüfvereinbarung ist die quartalsweise Erhebung einer zufälligen Stichprobe im Umfang von 2 % der abrechnenden Vertragszahnärzte im Lande Bremen. Für diese Zahnärzte wird aus einem Zeitraum von vier Quartalen – beginnend mit dem Erhebungs-Quartal – eine Prüfung von 20 % der KCH-Behandlungsfälle vorgenommen. Die sog. „repräsentative Einzelfallprüfung“ erfolgt über den Betrachtungszeitraum versichertenbezogen, d.h. unter Berücksichtigung der Patientenhistorie.

Während in der vorhergehenden statistischen Durchschnittsprüfung lediglich isoliert der Durchschnittswert der abgerechneten KCH-Fälle bzw. die Anzahl der abgerechneten KCH-Behandlungspositionen mit dem jeweiligen Landesdurchschnitt verglichen und bei erheblichen Überschreitungen Kürzungen vorgenommen wurden, wird in der repräsentativen Einzelfallprüfung das gesamte vertragszahnärztliche Leistungsgeschehen versicherten-bezogen betrachtet. Die Betrachtung des gesamten Behandlungsgeschehens bzw. des Behandlungsverlaufes kann dazu führen, dass einzelne, vordergründig unwirtschaftlich erscheinende Leistungen sich als ebenso sinnvoller als im Kontext dann auch wirtschaftlicher Bestandteil einer Gesamt-Behandlung erweisen.

Im Durchschnitt der pro Quartal vorgenommenen acht Prüfungen führen 1-2 zu weitergehenden Schritten wie z.B. der Anforderung einer Stellungnahme von dem Vertragszahnarzt.

Werden im Zuge der Prüfung Aspekte festgestellt, die über die originären Inhalte der Wirtschaftlichkeitsprüfung hinausgehen – z.B. umfangreicher sachlich-rechnerischer Berichtigungsbedarf oder nicht nachvollziehbare Behandlungsläufe –, so erfolgt von der Prüfungsstelle oder dem Beschwerdeausschuss eine entsprechende Information an den Vorstand der KZV Bremen. Dieser führt dann ein Beratungsgespräch mit dem betroffenen Zahnarzt.

In der Regel führen derartige Beratungsgespräche zeitnah zu einer Veränderung des Abrechnungsverhaltens oder zu einer Überarbeitung der bisherigen Ansätze der Behandlungsplanung.

Mit der Einführung der „Zufälligkeitprüfung“ in Kombination mit der Prüfmethodik der „repräsentativen Einzelfallprüfung“ wurde die Wirtschaftlichkeitsprüfung in enger Zusammenarbeit der Vertragspartner von einer zuvor rein monetär ausgerichteten Kürzungsmaßnahme zu einem Steuerungsinstrument weiterentwickelt, in dem nun auch – wie schon lange von der Zahnärzteschaft gefordert – Behandlungskonzepte und Qualitätsmerkmale Berücksichtigung finden.

Mit der rein statistischen Durchschnittsprüfung fielen stets die Praxen in die Wirtschaftlichkeitsprüfung, deren KCH-Fallwertdurchschnitt und/oder die Anzahl einzelner KCH-Behandlungspositionen deutlich oberhalb des Landesdurchschnitts lagen. Diese sog. „Auffälligkeitprüfung“ findet heute nur noch ergänzend statt.

Die Zufälligkeitprüfung hingegen umfasst grundsätzlich alle vertragszahnärztlichen Praxen im Lande Bremen unabhängig von ihrem quantitativen Leistungsniveau. Dies hat zur Folge, dass nunmehr auch Praxen, die von der Auffälligkeitprüfung aus verschiedenen Gründen (z.B. hohe KCH-Fallzahl mit großem Anteil an „Verdüner“-Fällen) nie betroffen waren, in die Wirtschaftlichkeitsprüfung kommen. Trotz des erweiterten Prüfungsumfanges im Zuge der „systematischen Einzelfallprüfung“ führt insbesondere dieser stärker qualitativ ausgerichtete Prüfungsansatz i.d.R. zu geringeren Kürzungsbeträgen als die statistische Durchschnittsprüfung.

Dies belegt die insgesamt hohe Behandlungs- und Abrechnungs-Qualität der Praxen im Lande Bremen.

9. Zahnärztliche Versorgung von alten und behinderten Patienten

Schon bevor von Seiten der Politik die zahnärztliche Versorgung von Bewohnern von Heimen für alte und behinderte Menschen als Thema „entdeckt“ wurde, ist die KZV Bremen tätig geworden, um eine qualitative Verbesserung der Versorgung dieses Personenkreises zu erreichen.

Bereits im Jahre 2008 hatte die KZV Bremen in Zusammenarbeit mit der Zahnärztekammer Bremen eine Analyse vorgenommen, welche Maßnahmen erforderlich sind, um die zahnärztliche Versorgung von Bewohnern von Alten- und Behindertenheimen nachhaltig zu verbessern.

Die im Rahmen dieser Analyse erfolgte Ursachenforschung ergab, dass mit dem Umzug eines zuvor in der Regel über lange Jahre durchgängig zahnärztlich betreuten Patienten in ein Alten- oder Pflegeheim der Kontakt zu dem Hauszahnarzt häufig abbricht, da diese Patienten zumeist nicht mehr dazu in der Lage sind, ihren Hauszahnarzt selbst aufzusuchen. Der Hauszahnarzt weiß dabei oftmals gar nicht, warum der Patient nicht mehr erscheint.

Insbesondere bei älteren Patienten führt der Umzug in ein Alten- oder Pflegeheim in der Folge dazu, dass die Kontrolle und bei Bedarf Anpassung oder Reparatur der zum Teil aufwändigen Teil- oder Total-Prothesen nicht mehr erfolgt. Da diese „Prothesen-Wartung“ durch das nicht dafür qualifizierte Pflegepersonal nicht in ausreichender Art und Weise vorgenommen werden kann, werden Prothesen häufig innerhalb kürzester Zeit funktionsuntüchtig.

Ähnliches gilt für den oftmals noch vorhandenen Rest-Zahnbestand der Heim-Bewohner. Kariöse Erkrankungen werden durch das Pflegepersonal nicht rechtzeitig erkannt. Ist der Bewohner zudem nicht (mehr) dazu in der Lage, sich im Falle von Zahnschmerzen entsprechend frühzeitig und eindeutig zu artikulieren, dann ist letztlich die Extraktion die einzige noch verbleibende Behandlungsmöglichkeit. War der extrahierte Zahn zudem noch Bestandteil einer Prothese, ist die Funktionsuntüchtigkeit dieser Prothese oftmals die unvermeidbare Folge. Im schlimmsten Fall führt diese Entwicklung dazu, dass der Betroffene nur noch über eine Magensonde ernährt werden kann, da sein Kauapparat unwiederbringlich geschädigt ist.

Als Grundproblem für die nicht ausreichende zahnärztliche Versorgung von Heimbewohnern wurde festgestellt, dass die zahnärztliche Versorgung zumeist erst auf Anforderung durch das Heim erfolgt. Erforderlich ist hingegen eine regelmäßige aufsuchende Betreuung, die jedoch nur in enger Abstimmung mit der jeweiligen Heimleitung möglich ist.

In den nachfolgenden Gesprächen von KZV und ZÄK Bremen mit den Verbänden der Krankenkassen, Vertretern des Gesundheitsamtes sowie der zuständigen senatorischen Dienststelle war unstrittig, dass ein erheblicher Verbesserungsbedarf für die Betreuung und Versorgung von Heimbewohnern besteht und dass das von der Bremer Zahnärzteschaft erarbeitete Konzept an dieser Stelle zu einer deutlichen Qualitätsverbesserung führen würde. Die Verbände der Krankenkassen vertraten jedoch die Auffassung, dass die Vergütung für derartige zusätzliche zahnärztliche Leistungen bereits in den Gesamtvergütungen „eingepreist“ sei.

Auf Vorschlag der senatorischen Dienststelle brachte die KZV Bremen daraufhin das Konzept zur zahnärztlichen Betreuung und Versorgung von Heimbewohnern in die Vergütungsverhandlungen 2010 mit den Verbänden der Krankenkassen ein. Trotz des unstrittigen Bedarfs waren die Verbände der Krankenkassen weiterhin nicht bereit, über Vergütungen für die vorgeschlagenen Maßnahmen zu verhandeln. Lediglich die AOK Bremen/Bremerhaven zeigte sich in Hinblick auf ggf. realisierbare kompensatorische Ersparnisse grundsätzlich bereit, sich weiter mit dem Thema zu beschäftigen.

Die Initiative der Bremischen Zahnärzteschaft zur Verbesserung der Versorgung von Heimbewohnern erfolgte von Anfang an in enger Abstimmung mit der KZBV und deren Bemühungen um eine gesetzliche Grundlage für eine aufsuchende zahnärztliche Betreuung und Versorgung von alten und behinderten Menschen. Viele Inhalte des damaligen Konzepts der KZV Bremen finden sich wieder in den gesetzlichen Neuregelungen nach § 87 Abs. 2i / 2j SGB V.

9.1 Leistungen nach § 87 Abs. 2i SGB V

Die Initiativen der Zahnärzteschaft unter Federführung der KZBV führten schließlich dazu, dass im Zuge des mit dem GKV-VStG neu aufgenommenen § 87 Abs. 2i SGB V mit Wirkung ab dem 01.04.2013 neue BEMA-Positionen für die aufsuchende Betreuung eingeführt wurden:

- 171a) Zuschlag für das Aufsuchen von Versicherten, die pflegebedürftig sind, eine Behinderung oder eine eingeschränkte Alltagskompetenz aufweisen.
- 171b) Zuschlag für das Aufsuchen von weiteren Versicherten, die pflegebedürftig sind, eine Behinderung oder eine eingeschränkte Alltagskompetenz aufweisen, in derselben häuslichen Gemeinschaft oder Einrichtung in unmittelbarem zeitlichen Zusammenhang mit einer Leistung nach Nr. 171a.

Die KZV Bremen fördert die aufsuchende Betreuung von Versicherten u.a. dadurch, dass nicht nur die Zuschläge nach 171 a/b, sondern auch die im Rahmen der Besuche erbrachten Leistungen vollständig außerhalb der Begrenzungen durch den Honorarverteilungsmaßstab (→ Abschnitt 7.) vergütet werden, obwohl diese „Begleitleistungen“ den Gesamtvergütungen unterliegen.

9.2 Leistungen nach § 87 Abs. 2j SGB V

Zum 01.04.2014 wurden neue BEMA-Positionen für die vertragszahnärztliche Betreuung von Heimbewohnern eingeführt:

- Für das Aufsuchen eines pflegebedürftig Versicherten in einer stationären Pflegeeinrichtung wird als Zuschlag die Gebühr 172a eingeführt.
- Für das Aufsuchen von weiteren pflegebedürftigen Versicherten in derselben Einrichtung im unmittelbaren zeitlichen Zusammenhang wird als Zuschlag die Geb.-Nr. 172b eingeführt.
- Des Weiteren wird die Gebühr 172c für die Beurteilung des zahnärztlichen Behandlungsbedarfs, des Pflegezustandes der Zähne, der Mundschleimhaut sowie der Prothesen, das Einbringen von versichertenbezogenen Vorschlägen für Maßnahmen zum Erhalt und zur Verbesserung der Mundgesundheit, einschl. Dokumentationen anhand eines Formblattes aufgenommen.
- Die Gebühr 172d wird für die Unterstützung und ggf. praktischen Anleitung des Pflegepersonals zum Erhalt und zur Verbesserung der Mundgesundheit aufgenommen.

Ebenfalls wurden die BEMA-Nrn.

154: Besuch eines pflegebedürftig Versicherten in einer stationären Pflegeeinrichtung, einschl. Beratung und eingehende Untersuchung) und

155: Besuch je weiteren pflegebedürftigen Versicherten in derselben stationären Pflegeeinrichtung im unmittelbaren zeitlichen Zusammenhang, einschl. Beratung und eingehende Untersuchung)

neu aufgenommen.

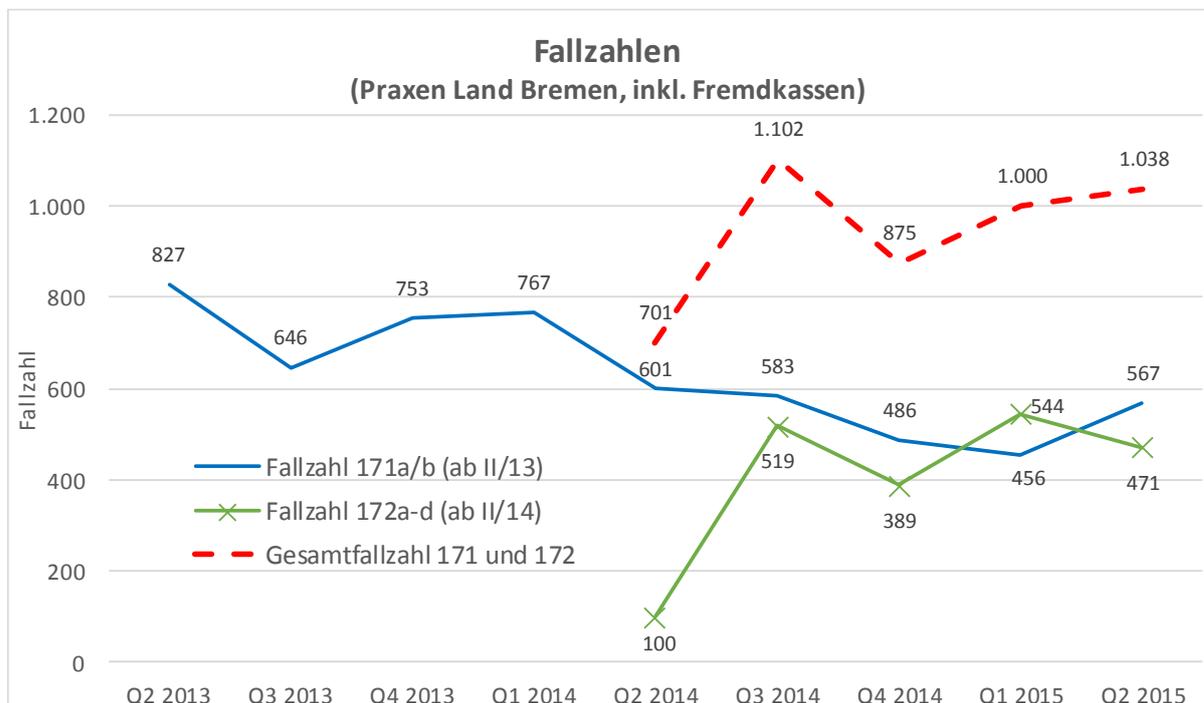
Während mit den Leistungen nach § 87 Abs. 2i SGB V lediglich Zuschlagspositionen für die aufsuchende Betreuung geschaffen wurden, beinhalten die BEMA-Positionen nach § 87 Abs. 2j SGB V erstmals auch konkrete vertragszahnärztliche Leistungen speziell für Heimbewohner.

Voraussetzung für die Abrechnung von Leistungen nach § 87 Abs. 2j SGB V ist der Abschluss eines Kooperationsvertrages nach § 119b SGB V zwischen Vertragszahnarzt und stationärer Pflegeeinrichtung. Die abgeschlossenen Verträge sind der zuständigen KZV vorzulegen.

Ebenso wie die Zuschläge nach 171 a/b vergütet die KZV Bremen auch die Leistungen nach 172 a-d einschließlich sämtlicher im Rahmen von Heimbisuchen erbrachter Leistungen außerhalb der Honorar-Begrenzungen durch den Honorarverteilungsmaßstab (→ Abschnitt 7.).

Mit Stand 30.11.2015 lagen der KZV Bremen 46 Kooperationsverträge von 19 Praxen mit 43 stationären Pflegeeinrichtungen (von insgesamt 97 Einrichtungen im Lande Bremen) vor. Mit einem „Versorgungsgrad“ von 44 % der Pflegeeinrichtungen liegt die KZV Bremen nach aktuellem Kenntnisstand im Bundesvergleich an vorderer Stelle. Im Bundesdurchschnitt verfügen ca. 25 % der stationären Pflegeeinrichtungen über Kooperationsverträge.

Mit Einführung der Leistungen nach § 87 Abs. 2j SGB V zum 01.04.2014 wurden durch Verträge nach § 119b SGB V zwischen stationären Pflegeeinrichtungen und Kooperations-Zahnärzten zum Teil die Fälle mit Zuschlägen für die aufsuchende zahnärztliche Betreuung von Pflegebedürftigen nach § 87 Abs. 2i SGB V substituiert:¹⁵



Seit dem 3. Quartal 2014 ist trotz einer weiter steigenden Zahl der Kooperationsverträge nach § 119b SGB V kein signifikanter Anstieg der Fallzahlen mit Leistungen nach 171 a/b oder 172 a-d zu erkennen. Dies ist vermutlich darauf zurückzuführen, dass die Bewohner in den neu hinzukommenden stationären Pflegeeinrichtungen bereits vor Abschluss eines Kooperationsvertrages zahnärztlich betreut wurden, so dass diese Kooperationsverträge nur in begrenztem Umfang mit einem zusätzlichen Behandlungsbedarf einhergehen.

Ziel der KZV Bremen ist es dennoch, mittelfristig möglichst eine möglichst vollständige Abdeckung der knapp 100 stationären Pflegeeinrichtungen im Lande Bremen mit Kooperationsverträgen nach § 119b SGB V zu erreichen.

Selbst bei Erreichung dieses Zieles wäre nicht von einem entsprechenden Anstieg der Zahl der Behandlungsfälle bzw. der Kosten für die gesetzlichen Krankenkassen auszugehen, da aufgrund der räumlichen und hygienischen Bedingungen in den meisten Pflegeeinrichtungen nur in sehr begrenztem Umfang vertragszahnärztliche Leistungen erbracht werden können. Ein wesentlicher Teil der Tätigkeit der Behandler in den Heimen wird vielmehr auf die zahnärztliche Betreuung der Versicherten entfallen, die u.a. die Unterweisung des Pflegepersonals in der Reinigung und Pflege der vorhandenen, zum Teil sehr hochwertigen Zahnprothesen,

¹⁵ Fallzahlen für das Quartal III/15 liegen Anfang 2016 vor.

und die Vermeidung von Folge-Erkrankungen durch regelmäßige Kontrolluntersuchungen umfasst.

So leistet die Zahnärzteschaft mit vergleichsweise geringen Kosten für die gesetzlichen Krankenkassen einen wesentlichen Beitrag für die Erhaltung und ggf. sogar Steigerung der Lebens-Qualität der Bewohner von stationären Pflegeeinrichtungen.

Aus zahnärztlicher Sicht hat der Gesetzgeber trotz der zum Teil noch nicht ausreichenden Maßnahmen mit der Einführung von §§ 87 Abs. 2i und 2j SGB V erste Grundlagen geschaffen, mit denen mit vergleichsweise geringem finanziellen Aufwand der Krankenkassen eine ebenso notwendige wie sinnvolle Verbesserung der vertragszahnärztlichen Versorgung erreicht werden kann. Im Gegensatz zu den bereits bestehenden gesetzlichen Qualitätsanforderungen z.B. zur Hygiene, zum Qualitätsmanagement und zur Qualitätssicherung steht hier die zahnärztliche Betreuung im Vordergrund.

Nunmehr wurden der Zahnärzteschaft erste Instrumente in die Hand gegeben, mit denen die häufig geforderte Verbesserung der Qualität der Versorgung zumindest in einem Teilbereich wirksam praktisch umgesetzt werden kann.

An dieser Stelle ist nochmals zu betonen, dass die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen auf Initiative der Zahnärzteschaft in das SGB V aufgenommen wurden.

Angesichts der demografischen Entwicklung besteht jedoch noch weiterer – von der Zahnärzteschaft unvermindert eingeforderter – Handlungsbedarf des Gesetzgebers. Hierzu wurde nun mit der Schaffung des neuen § 22a SGB V, der erstmals den Anspruch von Pflegebedürftigen und Menschen mit Behinderungen auf Prophylaxeleistungen vorsieht, eine weitere wesentliche Verbesserung erreicht. In den anstehenden Beratungen über die entsprechenden Richtlinien und Leistungsbeschreibungen des Gemeinsamen Bundesausschusses nach § 92 SGB V wird die Zahnärzteschaft ein umfassendes Prophylaxe-Konzept für diese Patientengruppe einbringen.

10. Gesetzliche Vorgaben vs. Qualitätssicherung

Bereits mit dem GMG hat der Gesetzgeber eine Vielzahl von Vorgaben geschaffen, zu denen in den Gesetzesbegründungen auf die Qualitätssicherung bzw. -förderung abgestellt wird.

10.1 Fortbildungspflicht gemäß § 95d SGB V

Insbesondere ist hier die Verpflichtung zur fachlichen Fortbildung gemäß § 95d SGB V zu nennen. Danach mussten alle Vertragszahnärzte innerhalb eines Fünf-Jahres-Zeitraumes – erstmals zum 30. Juni 2009 – nachweisen, dass sie „sich in dem Umfang fachlich fortbilden, wie es zur Erhaltung und Fortentwicklung der zur Berufsausübung in der vertrags(zahn)ärztlichen Versorgung erforderlichen Fachkenntnisse notwendig ist. Die Fortbildungsinhalte müssen dem aktuellen Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse auf dem Gebiet der Medizin, Zahnmedizin oder Psychotherapie entsprechen. Sie müssen frei von wirtschaftlichen Interessen sein“ (§ 95 d Abs. 1 SGB V).

Gemäß § 95 d Abs. 6 SGB V haben die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung und die Bundeszahnärztekammer einvernehmlich geregelt, dass jeder Vertragszahnarzt zur Erfüllung seiner Fortbildungspflicht innerhalb des Fünf-Jahres-Zeitraumes 125 „Fortbildungspunkte“ zu erbringen hat. Die Vergabe der „Fortbildungspunkte“ für Fortbildungsveranstaltungen erfolgt dabei durch die Kammern.

Sofern Mitglieder der KZV ihrer Fortbildungsverpflichtung bis zum Ablauf des Fünf-Jahres-Zeitraumes nicht bzw. nicht in dem vorgegebenen Umfang nachkommen, ist die KZV verpflichtet, das abgerechnete Honorar zunächst für vier Quartale um 10 % und für vier weitere Quartale um 25 % zu kürzen, bis der Fortbildungsnachweis vollständig erbracht ist. Kommt der Vertragszahnarzt dieser Verpflichtung bis zwei Jahre nach Ablauf der Fortbildungsfrist nicht nach, so ist die KZV verpflichtet, „unverzüglich gegenüber dem Zulassungsausschuss einen Antrag auf Entziehung der Zulassung zu stellen“ (§95 d Abs. 3 SGB V).

Die erstmalige Überprüfung der Fortbildungspflicht zum 30.06.2009 ergab, dass insgesamt 7 Mitglieder der KZV Bremen dieser Verpflichtung nicht bzw. nicht vollständig nachgekommen waren (= 1,5 %). Hierbei handelte es sich überwiegend um ältere Mitglieder, die ihre vertragszahnärztliche Tätigkeit bald beenden werden bzw. zwischenzeitlich bereits beendet haben, so dass es für zwei Mitglieder nur für ein bzw. zwei Quartale zu Honorarkürzungen kam. Ein Mitglied verstarb unmittelbar nach Ablauf der Fortbildungsfrist. Für vier Mitglieder mussten über mehrere Quartale zunächst 10%ige, dann 25%ige Honorarkürzungen vorgenommen werden. Alle diese Mitglieder haben ihre Fortbildungspflicht zwischenzeitlich nacherfüllt bzw. ihre vertragszahnärztliche Tätigkeit beendet.

Zum Ende des 2. Fünf-Jahres-Zeitraumes am 30.06.2014 hatten 5 Mitglieder der KZV Bremen (= 1,1 %) ihre Fortbildungspflicht nicht bzw. nicht vollständig erfüllt. Zwei dieser Mitglieder beendeten kurz darauf ihre vertragszahnärztliche Tätigkeit, die übrigen drei Mitglieder erfüllten ihre Fortbildungspflicht bis zum 30.09.2014 nach.

Aktuell haben alle Mitglieder der KZV Bremen ihre Fortbildungspflicht fristgerecht erfüllt.

Zahnärztlicherseits wird die gesetzlich vorgeschriebene Fortbildung abgelehnt, da diese Vorgabe dazu führen kann, dass Fortbildung lediglich „der Punkte wegen“ erfolgt. Sinn und Zweck der Fortbildung muss aber in erster Linie die Teilhabe am wissenschaftlichen Fortschritt zum Wohle des Patienten sein. Mit der gesetzlichen Regelung ist vorprogrammiert, dass Vertragszahnärzte ggf. an Fortbildungen teilnehmen (müssen), die weder für sie noch für ihre Patienten von Nutzen sind, nur um ihr Punktekontingent zu erfüllen.

10.2 Beauftragter gemäß § 81a SGB V

Schließlich zählt zur Qualitätssicherung im weitesten Sinne auch die ordnungsgemäße Abrechnung von Leistungen durch die Mitglieder der KZV gemäß der geltenden gesetzlichen und vertraglichen Abrechnungsbestimmungen.

Qualitätssicherung ist hier weniger im Sinne einer verstärkten Abrechnungs-Kontrolle zu verstehen, wie sie von der GKV-Prüfgruppe oder auch der Staatsanwaltschaft bereits angestrebt wird.

Qualitätssicherung umfasst in diesem Zusammenhang die regelmäßige und zeitnahe Information der Mitglieder der KZV über Änderungen im Abrechnungsgeschehen, Aufklärung über die möglichen Folgen irrtümlich fehlerhafter Abrechnungen und die fortwährende Beratung in Abrechnungsangelegenheiten.

Dennoch ist zweifelhaft, ob auch die Tätigkeit des Beauftragten nach § 81a SGB V zur Qualitätssicherung im weitesten Sinne zu zählen ist. Aufgabe des Beauftragten ist die Verfolgung von Fällen, in denen ein Schaden zu Lasten der gesetzlichen Krankenkassen entstanden ist.

Zwar wird von Seiten der Krankenkassen die Tätigkeit des Beauftragten (hier: gemäß § 197a SGB V) als Beitrag zur Qualitätssicherung betrachtet. Allerdings führt diese Sichtweise wieder auf das anfangs genannte Problem zurück, dass Qualitätssicherung damit allein auf den Kosten-Gesichtspunkt reduziert wird.

10.3 Weiteres

Über die beschriebenen Maßnahmen der Qualitätssicherung durch die KZV hinaus unterliegen zahnärztliche Praxen noch in einer Vielzahl weiterer Bereiche sowohl der gesetzlichen Verpflichtung als auch einem originären Eigen-Interesse zur Qualitätssicherung und -verbesserung.

Exemplarisch seien hier lediglich die Bereiche

- Patientenschutz,
- Hygienebestimmungen / RKI-Richtlinien,
- Arbeitsschutz,
- Röntgenverordnung

genannt.

11. Selektivverträge nach § 73c SGB V

Mit dem GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz (GKV-WSG) hat der Gesetzgeber weitere Veränderungen geschaffen, die zwar nicht unmittelbar auf die Qualität in der vertragszahnärztlichen Versorgung abzielen, diese aber dennoch direkt berühren.

Mit dem am 01.01.2009 in Kraft getretenen Gesundheitsfonds gilt für alle GKV-Kassen ein einheitlicher, gesetzlich vorgegebener Beitragssatz. Einnahmeunterschiede für die Krankenkassen ergeben sich nur noch aus den morbiditätsorientierten Zuweisungen aus dem Fonds sowie aus ggf. erhobenen Zusatzbeiträgen.

Trotz der aktuell guten finanziellen Ausstattung des Gesundheitsfonds und der hohen Rücklagen zahlreicher Krankenkassen befürchten die Krankenkassen in Folge der Kürzung des Steuerzuschusses zum Gesundheitsfonds und des Wegfalls des bisher allein von den Versicherten zu tragenden Anteils von 0,9 % am KV-Beitrag um ihre künftige Konkurrenzfähigkeit. Außer dem Ansatz, die internen Kosten z.B. durch Fusionen – deren Zahl aktuell wieder deutlich zunimmt – zu verringern, besteht eine Kompensationsmöglichkeit für die Krankenkassen bei den Vergütungen der Leistungserbringer.

Der Gesetzgeber hat dazu für den Bereich der ambulanten Versorgung die Möglichkeit von Selektivverträgen nach §§ 73b und 73c SGB V geschaffen. Trotz ihrer unterschiedlichen Inhalte haben Verträge nach beiden Paragraphen gemeinsam, dass sie von Seiten der Krankenkassen nur mit einzelnen oder einer Gruppe von Leistungserbringern geschlossen werden können. Die bisherigen kollektivvertraglichen Regelungen werden dadurch ausgehöhlt. Zwar ist die „besondere Qualität“ der im Rahmen derartiger Verträge erbrachten Leistungen in der Außendarstellung sowohl des Gesetzgebers als auch der Krankenkassen ein wesentliches Argument. Eine genauere Definition, was unter dieser „besonderen Qualität“ zu verstehen ist, steht aber bisher aus. Da diese Selektivverträge zudem nur mit einem Teil der Leistungserbringer geschlossen werden, können sie auch nur einem Teil der Versicherten zu Gute kommen.

Die DAK hat einen bundesweiten Selektivvertrag nach § 73c SGB V mit der Indento GmbH geschlossen. Vertragszahnärzte, die an diesem Vertrag teilnehmen, müssen sich dazu verpflichten, zahntechnische Laborleistungen für ebenfalls an dem Vertrag teilnehmende DAK-Versicherte ausschließlich über die mit der Indento GmbH verbundene Imex GmbH zu beziehen und Zahnersatz-Regelversorgungen zuzahlungsfrei zu erbringen. Finanzielle Einsparungen für die DAK ergeben sich aus diesem Vertrag nicht, da die Festzuschüsse unverändert gezahlt werden. Die Zuzahlungsfreiheit für den Patienten resultiert aus niedrigeren Material- und Laborkosten sowie einem erzwungenen Honorarverzicht der teilnehmenden Behandler. Außervertragliche Leistungen (z.B. Implantate, PZR), die Bestandteil des Vertrages sind, sind für die DAK finanziell ebenfalls gänzlich ohne Belang. Es liegt deshalb die Vermutung nahe, dass die DAK den Vertrag mit der Indento GmbH lediglich als Marketing-Maßnahme mit dem ausschließlichen Ziel der Gewinnung neuer Versicherter betreibt.

Noch einen Schritt weiter ging die BKK Firmus, die Mitte 2010 mit der Managementgesellschaft „Zahnfee GmbH“ einen §73c-Vertrag über den gesamten Bereich der zahnärztlichen Versorgung ihrer Versicherten im Lande Bremen schloss. Die praktische Umsetzung dieser Vereinbarung scheiterte jedoch bereits daran, dass einem „Zahnfee“-Beteiligten Abrechnungsbetrug nachgewiesen wurde. Die BKK Firmus beendete daraufhin den Vertrag.

Insbesondere dieser Vorgang belegt exemplarisch, dass die Qualität der Versorgung in diesem Vertrag nach § 73c SGB V offensichtlich völlig nachrangig ist. Im Fokus der BKK Firmus stand ausschließlich die Leistungsvergütung außerhalb des Kollektivvertrages und damit die Reduzierung von Zahlungen an die KZV.

Die Selektivverträge der DAK und der BKK Firmus haben gemeinsam, dass sie lediglich bereits heute übliche zahnärztliche Leistungen umfassen. Weder ist erkennbar, wo es sich hierbei um eine „besondere ambulante zahnärztliche Versorgung“ gemäß § 73c SGB V handelt, noch

beinhalten die Verträge konkrete Qualitäts-Definitionen. Sofern Qualitätsmerkmale überhaupt beschrieben werden, so erfolgt dies in lediglich allgemeiner Form. Aufgrund der unabhängig von Selektivverträgen bereits geltenden, deutlich konkreten gesetzlichen Qualitätsvorgaben für alle Vertragszahnärzte führen derartige Verträge weder zu einer Qualitätssicherung noch zu einer Qualitätsverbesserung. Offensichtliches Ziel aller Krankenkassen, die derzeit versuchen, Selektivverträge zu etablieren, ist, durch diese Verträge Preissenkungen für ihre Patienten im Bereich der Zuzahlungen zu erreichen und dies als Marketing-Instrument zu nutzen.

Die dennoch nach außen propagierte – aber nicht näher definierte – Qualität der im Rahmen dieser Verträge vereinbarten Leistungen wird spätestens mittelfristig nicht mehr realisierbar sein. Qualität – insbesondere deren Sicherung und ggf. sogar Verbesserung – erfordert laufende Investitionen der Praxen. Doch schon in den letzten Jahren war das Investitionsniveau der überwiegenden Zahl der vertragszahnärztlichen Praxen rückläufig, wie durch sinkende Abschreibungsbeträge eindeutig belegt wird. Wurden zunächst vorrangig Neu-Investitionen zurückgestellt, so sind mittlerweile auch Ersatz-Investitionen betroffen. Mit dem Preisdruck durch Selektivverträge wird diese Entwicklung noch weiter verschärft werden.

Verträge nach § 73c SGB V sind folglich sogar qualitätsfeindlich.

Da an Selektivverträgen definitionsgemäß nur ein Teil sowohl der Leistungserbringer als auch der Versicherten teilnehmen können, führen Verträge nach § 73c SGB V zudem zu einer Gefährdung der wohnortnahen und flächendeckenden Versorgung. An einem Selektivvertrag teilnehmende Versicherte können nicht mehr ihren langjährigen Hauszahnarzt aufsuchen, wenn dieser nicht ebenfalls an demselben Selektivvertrag teilnimmt. Das heißt, diese Patienten verlieren ihr Recht auf die freie Wahl des Behandlers und müssen zwangsweise ihren Zahnarzt wechseln. Dies bedeutet nicht nur den Verlust des über Jahre aufgebauten Vertrauensverhältnisses zwischen Zahnarzt und Patienten, sondern führt ggf. auch zu einer Unterbrechung der zuvor durchgängigen zahnärztlichen Betreuung und Versorgung.

Ein besonderes Problem ist, dass Krankenkassen Verträge nach § 73c SGB V auch mit rein renditeorientierten Managementgesellschaften schließen können (Beispiel: DAK / Indento GmbH). Eine direkte Vertragspartnerschaft zwischen Krankenkasse und Leistungserbringern besteht dann nicht, die teilnehmenden Vertragszahnärzte unterliegen stattdessen den Regelungen ihres Vertrages mit der Managementgesellschaft. In diesem Konstrukt besteht die Gefahr, dass von Seiten der Managementgesellschaft gegenüber den Behandlern Vorgaben geschaffen werden, die weniger auf die Versorgung der Patienten, sondern vielmehr auf eine Ertragsverbesserung der Gesellschaft ausgerichtet sind. Denkbar sind hier z.B. steigende Rabatte für Material- und Laborkosten bei höherem Umsatz mit Zahnersatz.

Zusammengefasst betrachtet, konterkariert der Gesetzgeber mit § 73c SGB V seine Vorgaben aus § 135a SGB V. Solange Selektivverträge vorrangig lediglich unter „Preis-“ und Marketing-Aspekten geschlossen werden, sind derartige Verträge auch und gerade aus Qualitäts-Gesichtspunkten grundsätzlich abzulehnen. Umso kritischer ist die mit dem GKV-Versorgungsstärkungsgesetz geplante Aufhebung der aufsichtsrechtlichen Präventivkontrolle (Vorlagepflicht) für Selektivverträge zu sehen. Mit dieser „Neustrukturierung“ sollen lt. Begründung die Gestaltungsmöglichkeiten der Krankenkassen erweitert und sog. bürokratische Hemmnisse beseitigt werden. So soll es künftig nicht mehr zwingend erforderlich sein, einen sektorenübergreifenden Ansatz zu wählen oder besondere Versorgungsaufträge zu definieren. Schließlich soll die Bereinigung – d.h. die Kürzung – der Gesamtvergütungen „erleichtert“ werden.

Nach Einschätzung der KZBV, die der Vorstand der KZV Bremen vollumfänglich teilt, werden die größeren „Freiräume“ der Krankenkassen in der Vertragsgestaltung und die Vereinfachung der Bereinigung der Gesamtvergütungen zu Lasten der Kollektivverträge gehen.

Außerdem ist zu befürchten, dass mit einer möglichen weiteren Aushöhlung der Kollektivverträge die flächendeckende wohnortnahe vertragszahnärztliche Versorgung gefährdet wird.